

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 3,90, monatlich 1,30 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 60 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 117.

Mittwoch, den 21. Mai 1919.

26. Jahrg.

Braucht Frankreich das Saar Kohlengebiet?

Von Otto Hué.

Gegenüber der in der französischen Regierungs- und Industriellenpresse mit Leidenschaft vertretenen Forderung, Frankreich müsse als Ersatz für die durch die Deutschen zerstörten nordfranzösischen Kohlengruben die Saargruben erhalten, muß von vornherein folgendes festgestellt werden: In dem von der revolutionären russischen Regierung veröffentlichten Geheimtelegramm Nr. 507 aus Petersburg an den russischen Botschafter in Paris, datiert vom 12. Februar 1916, ist bereits von dem „Wunsche Frankreichs“ (Ueberrückung dessen Vertreter Doumergues), ihm „nach Beendigung des jetzigen Krieges“ auch „eine besondere Stellung für das Saarbecken zu sichern“, die Rede! Damals war aber eine Zerstörung der nordfranzösischen Kohlenzechen durch Kriegshandlungen noch nicht eingetreten. Ferner ist in der Note Nr. 26 des russischen Außenministers vom 14. 2. 17 an den französischen Botschafter in Petersburg auch dessen Forderung erwähnt, daß das ganze Eisenerzgebiet Lothringens und das ganze Kohlenbecken des Saarbeckens in das französische Territorium einverleibt würde!

Aus diesen diplomatischen Aktenstücken erhellt unzweifelhaft, daß die französische Absicht, das Saargebiet zu annektieren, schon bestand, als die nordfranzösischen Kohlenzechen noch nicht annähernd in dem Umfange demontiert waren, wie dies nach dem Rückzug der deutschen Truppen im Jahre 1918 leider der Fall wurde. Ich habe mich bereits im Frühjahr 1915, gleich nachdem die alldeutschen-imperialistischen Demagogenabsichten auf Nordfrankreich, Belgien und Luxemburg-Briey rührbar wurden, mit aller Entschiedenheit in Wort und Schrift dagegen gewandt, habe in der Folge immer wieder, auch im Parlament, gegen die annektionistische Propaganda protestiert, die gutt, auf natürliche Verhältnisse beruhende Beziehungen, betont, die zwischen der französischen und der deutschen Bergwerks- und Hüttenindustrie seit langem vor dem Kriege bestanden und auf dieser Basis eine Verständigung ohne jede Annexion gefordert. Zwar wurde ich deswegen von unseren Annektionisten ziemlich unverblümt als „Interessenvertreter des feindlichen Auslandes“ denunziert; aber dafür habe ich heute um so mehr das moralische Recht, die Annexion des Saarbeckens zu belächeln als einer Maßregel, die Deutschlands tief-franke Volkswirtschaft lebensgefährlich schädigt, überdies die französische Kohlennot nicht beseitigt, und dem von uns akzeptierten Wilsonprogramm in der denkbar schärfsten Weise widerspricht.

Nun zu der Bedeutung der Saarkohlen für die französische Volkswirtschaft.

Frankreichs Steinkohlenförderung belief sich 1913 auf 40,05 Mill. Tons, von denen etwa 27 aus den Bezirken Pas-de-Calais und Nord stammten. Einer Ausfuhr von nur 1,22 Mill. Tons stand eine Einfuhr von rund 20 gegenüber, wovon 11,25 aus England, 3,67 aus Belgien, 7,49 aus Deutschland kamen. Von dem französischen Kohlenverbrauch, der sich auf rund 60 Mill. Tons betrug, wurden aber aus dem preussischen Saargebiet nur 0,958 Mill. Tons importiert, während das Ruhrgebiet allein 2,12 lieferte (Rhein-Westf. Kohlenindustrie). Das Saargebiet war somit an der Kohlenlieferung nach Frankreich nur in einem ganz geringen Maße beteiligt, trotz der geographisch günstigen Lage. Dafür sind wichtige wirtschaftliche Gründe entscheidend, die auch heute noch fortbestehen.

Der durch die Demontierung der nordfranzösischen Gruben entstandene einseitige Förderausfall wird von einem holländischen Autor auf 20 Mill. Tons jährlich beziffert. Ob das zutrifft, ist ungewiß; jedenfalls aber ist dieser Ausfall kein dauernder. Nach einigen Jahren kann er schon bedeutend geringer sein, da die Gruben wieder betriebsfähig gemacht werden sollen. Nehmen wir an, Frankreich benötigte alsbald wieder die Kohlenmenge von 1913 und hätte vorerst mit 20 Mill. Tons-Minus im Norden zu rechnen, dann müßte es rund 40 Mill. Tons Steinkohlen einführen, wozu noch etwa 3 Millionen für Elßaß-Lothringen kämen. Diesen Bedarf kann es aus dem preussischen und pfälzischen Saargebiet bei weitem nicht decken! Dessen Kohlenförderung stellte sich 1913 nur auf 14 Millionen Tons, wovon natürlich der Selbstverbrauch noch abgeht.

Mithin fehlten Frankreich, auch wenn es die ganze Saarförderung für sich verbrauchte und dazu die früheren Mengen aus England und Belgien bezöge, immer noch zirka 14—15 Mill. Tons für seinen Inlandsbedarf. Montanologen aber die französischen großkapitalistischen Montanindustriellen mit großen Vänen hinsichtlich der enormen Ausnutzung der lothringischen Eisenerzplager zwecks gewaltiger Erhöhung der Hoheisen- und Stahlerzeugung. Man will die Eisenerzeugung, die 1913 schon 5,3 Mill. Tons betrug, rasch auf mindestens das Doppelte, wenn nicht auf das Dreifache erhöhen, wofür allerdings die reichen Erzlager die notwendige Unterlage bieten. Geschieht dies jedoch, dann steigt auch der Kohlenbedarf um ein sehr Bedeutendes. Namentlich wächst dann der Bedarf an Hüttenkohlen (Koks-Kohlen, Koks) ganz gewaltig.

Hier wird aber das Saargebiet erst recht versagen! Es besitzt nämlich nur im geringen Maße verlotbare Fettkohle. Die ganze Koksproduktion des preussisch-sächsischen Saarbeckens betrug 1913 nur 1,840 Millionen Tonnen, während Frankreich damals, um seine relativ geringe Erzverhüttung durchzuführen, schon 3,070 Mill. Tons Koks einführen mußte! Davon kamen allein 2,250 von der Ruhr. Selbst seinen Bedarf an Auslandskoks gleich 1913 kann Frankreich nicht entfernt aus dem Saargebiet decken. Von seiner eigenen Koksproduktion (1913: 4,027 Mill. Tons) kamen über 3 Mill. aus Nordfrankreich, von wo es einzuweisen vielleicht nur ein Viertel beziehen kann. Will es sein Einheitenwesen rasch in der gedachten Weise steigern, so würde sich sein Koksbedarf jährlich recht bald auf mindestens 14—15 Mill. Tons erhöhen. Diese Menge kann aber nur zu einem relativ kleinen Teile das Saargebiet liefern!

Die geringe Verwendbarkeit der Saarkohle für die Hüttenkoksproduktion wird augenfällig auch dadurch dokumentiert, daß die tatsächlich schon französische Direktion der Saarkohlengruben jetzt bedeutende Fördermengen von hier nach der Schweiz und Italien exportieren läßt, während für die lothringischen Hüttenwerke aus dem rheinisch-westfälischen Revier Koks verlangt wird. Frankreich kann also die Saarkohle nur zum geringsten Teile für seine gewiß zukunftsreiche Verhüttungsindustrie gebrauchen, was in Fachkreisen längst bekannt ist; es hat trotz der geographisch günstigen Lage stets nur ganz geringe Mengen Saarkohlen verbrauchen können (1913 bei rund 60 Mill. Tonnen Koksbedarf nicht einmal eine Tonne Saarkohle!) und dürfte daher auch zukünftig die von ihm annektierte Saarkohlenförderung zum erheblichen Teil als Exportartikel benutzen. Unter solchen Umständen kann doch nicht mit Recht behauptet werden, ohne die Saarkohle als Ersatz für die nordfranzösischen könne die französische Volkswirtschaft nicht aufgekaut werden.

Deutschland wäre imstande, wenn es nicht durch einen Gewaltfrieden an Händen und Füßen gelähmt wird, der französischen Volkswirtschaft die nötigen Kohlen zu liefern, zu Bedingungen, durch welche auch der von uns anzuerkennenden Entschädigungspflicht gegenüber Frankreich Genüge geleistet würde. Insbesondere könnten wir uns bereit erklären, die französische Verhüttungsindustrie mit dem nötigen guten Hüttenkoks (rheinisch-westfälischen) zu versorgen. Die Behauptung, die Annexion der Saarkohlengruben sei eine französische Lebensnotwendigkeit, ist also unzutreffend, zumal wenn man die seitens der Annektionisten in den Vordergrund gestellten Bedürfnisse der französischen Verhüttungsindustrie ins Auge faßt. Von diesem Tatbestand ausgehend muß die Frage, ob Frankreich die Annexion des Saargebietes vornehmen muß zum Aufbau und zur Entwicklung seiner Volkswirtschaft, glatt verneint werden. Deutschland wird sich nicht weigern, an Frankreich die erforderlichen Kohlen- und Koks mengen zu vereinbarten Entschädigungsbedingungen zu liefern. Die Annexion des Saarbeckens entspringt lediglich einem privatkapitalistischen Bedürfnis, das sich der chauvinistischen Revanchepöbel als Vorspann bedient. Der vorerwähnte russisch-französische Notenwechsel beweist dies zur Genüge.

Nimmt man hinzu, daß das Saargebiet ein reindeutsches Land von altersher ist, die auf das Saargebiet bezüglichen Teile des Friedensdiktats also eine neue internationale Gefahrenquelle erster Ordnung schaffen wird; zieht man ferner in Betracht, daß uns neben dem Saargebiet auch Oberschlesien, zusammen mit einem Drittel unserer Steinkohlenförderung (d. h. weit mehr als unser ganzer Steinkohlenexport in den besten Jahren betrug!) daß uns ferner Lothringen mit über 70 Proz. unserer Eisenerzproduktion und das Elßaß mit einem gewaltigen Teil unseres Kalialz-vorkommens, daß uns weiter große lebensnötige landwirtschaftliche Produktionsgebiete im Osten, auch unsere Handelsflotte verloren gehen sollen, dann muß man sich fragen, ob denn die Verfasser des Friedensdiktats auch nur einen Augenblick glauben können, ein so entsetzlich sabotierter Wirtschaftsförderung sei noch lebensfähig, geschweige denn, daß die außerdem aufgestellten ungeheuerlichen Entschädigungsansprüche erfüllt werden könnten? Was uns, die wir ohnehin schon furchtbar ausgepowert sind, von Versailles aus zugemutet wird, das können wir nicht erfüllen. Wer anders urteilt, täuscht sich selbst und die Welt. Eine wie immer erzwungene „Unterschrift des Vertrages“ könnte an dieser furchtbaren Wirklichkeit auch nicht ein Jota ändern.

Zum Friedensvertrag.

Soll Lübeder Besetzungsbereich werden?

Eine aufsehenerregende Meldung veröffentlicht der „Temps“. Er glaubt zu wissen, daß außer den Vorarbeiten, die über Schleswig bereits veröffentlicht worden sind, der Vertrag noch die Schaffung einer neutralen Zone vorseht, die sich von nordöstlich Stensburgs bis südlich Hamburgs und von Osten nach Westen in einer Linie erstreckt, die von Stettin bis westlich Hamburg reicht. In dieser ganzen Zone muß sich Deutschland ungefähr die gleichen Beschränkungen gefallen lassen, wie sie auf dem linken Rheinufer zu beobachten sind. Es darf weder Festungen errichten

noch Garnisonen halten. Aus dieser Klausel geht hervor, daß die Häfen von Stettin und Hamburg in diese neutrale Zone einbezogen sind. Der angeedeutete Grenzstrich würde auch Lübeck einbeziehen. Aus dem uns vorliegenden Wortlaut des Friedensvertrages ist eine derartig einschneidende Maßnahme nicht ersichtlich. Nach dem Londoner Blatt soll es sich um eine Ergänzung des Vertrages handeln. Wir glauben vorläufig noch nicht daran, obwohl man sich nach dem bisher uns zugemuteten auf alles gefaßt machen kann.

Unannehmbar.

Bei den Sonntag in Spa erfolgten Besprechungen zwischen den Reichsministern Dernburg, Brodorski-Rangau, Wiffell, dem preussischen Finanzminister Südekum und den aus Versailles und Berlin in Spa eingetroffenen Wirtschafts- und Finanzsachverständigen wurde die vollkommene Uebereinstimmung darin festgestellt, daß der Friedensentwurf der Entente in der vorgelegten Form unannehmbar ist. Bei dem in der gesamten Welt herrschenden Wunsch nach Herbeiführung eines dauernden Friedens soll jedoch von deutscher Seite nichts unversucht gelassen werden, eine brauchbare Basis für den Frieden zu finden, der den berechtigten Forderungen der Gegner Rechnung trägt und für das deutsche Volk erträglich und erfüllbar ist.

Eine amtliche Reuterdepesche meldet aus Paris, daß der Hauptteil der deutschen Gegenforderungen abgelehnt, daß aber weitere schriftliche Verhandlungen zugestanden worden sind.

Eine Pariser Meldung des „Daily Express“ spricht von der Möglichkeit einer Zusammenkunft der alliierten und der deutschen Delegierten in den nächsten vierzehn Tagen.

Die deutschen Gegenforderungen.

Nach einer Haager Meldung des „B. T.“ werde der deutsche Gegenforderung folgende Punkte enthalten: Anerkennung der Prinzipien Wilsons, Entscheidung der polnischen Frage durch Volksabstimmung, Ablehnung der Annexion des Saargebietes, Zurückziehung der Besatzung des Rheingebietes, Uebergabe eines größeren Teiles der Kriegsflotte, aber von weniger Dampfschiffen, Beibehaltung eines größeren Heeres als die Entente vorgeschlagen hat.

Geheimnisträumerei bei den Alliierten.

Wie wir gestern berichteten, beschwerten sich 17 amerikanische Senatoren gegen die Nichtöffentlichkeit des Vertrages. Nun teilte Bonar Law im englischen Unterhause zum allgemeinen Erschauern mit, daß die alliierten Regierungen beschlossen hätten, die Veröffentlichung des vollen Textes des Friedensvertragsentwurfs noch nicht gestatten. Auch hielten sie jede Besprechung in den Parlamenten für nachteilig. Das alles zeigt nicht von gutem Gewissen und von demokratischer Freiheit. Aber was kümmert die Eroberer diese, wenn sie nur ihre Taschen füllen können. Daß es hierauf ankommt, zeigt eine Rede Churchill's in Dundee, in der er sagte: „Es ist ungelukkig, im Friedensvertrag alle besonderen Interessen Großbritanniens sicher zu stellen.“

Auch in Frankreich wird die Öffentlichkeit mehr getrieben als je zuvor. Eine Sitzung des Exekutivkomitees der radikalen Partei faßte folgenden Beschluß: „In Anbetracht dessen, daß es standeslos ist, daß die deutsche Presse im Besitze von Dokumenten ist, die sogar dem französischen Parlament vorenthalten werden, drückt das Exekutivkomitee den Wunsch aus: 1. daß der Besatzungszustand aufgehoben wird, 2. daß die Zensur unverzüglich beseitigt wird, und ferner fordert es den Parteivorstand auf, das Exekutivkomitee sofort nach Veröffentlichung des Friedensvertrages einzuberufen.“

„Gegen jede internationale Moral.“

Die „Westminster Gazette“ veröffentlicht eine Kundgebung gegen den Versailles Friedensentwurf, die unterzeichnet ist von Charles Roden, Burton, J. A. Hobson, Ramsay MacDonald, Arthur Ponsonby, Ethel Snowden, Charles Trevelyan. Die Kundgebung erklärt u. a.: Der Friedensvertrag bedeute einen unverantwortlichen Bruch jeder internationalen Moral, deren Schutz das angebliche Kriegsziel der Entente war. Es handelt sich darum, das neue demokratische Deutschland zu einem Vasallenstaat zu erniedrigen und seine wirtschaftliche Wiedergeburt unmöglich zu machen, Deutschland aus dem internationalen Leben auszuschließen und den Geist seines Volkes zu zermalmern. Unter diesen Friedensbedingungen hat das deutsche Volk nur die eine Aussicht, als Sklaven für die bewaffneten Eroberer zu arbeiten.

Die englische Wochenchrift „Nation“ wendet sich scharf gegen den Friedensvertrag und den Völkerbund, unter dem sich die Mächte von Annexionen und Vergewaltigungen verbergen. Keine Regierung und keine Friedensindustrie können unter einem solchen Frieden bestehen. Danzig und Ostpreußen würden die vollkommenste Gewähr für einen neuen Krieg bilden. Kein wirtschaftliches System könne unter den wirtschaftlichen Bedingungen funktionieren.

Der Korrespondent des „Handelsblad“ bekräftigt die Meldung, daß der Plan, Konstantinopel zu internationalisieren, aufgegeben wird, und daß wahrscheinlich der Sultan in Konstantinopel bleibt und die Amerikaner die türkische Regierung bei der Verwaltung der europäischen Türkei unterstützen. Dieser Beschluß wurde auf Vorschlag der mohammedanischen Delegation gefaßt, die aus Furcht vor Unruhen in Britisch-Indien wünscht, daß der Sultan nicht zu sehr erniedrigt wird und weiter als religiöses Oberhaupt auftreten soll.

Auf Antrag von Benizelos beschloß die Konferenz in Paris, eine Strafverurteilung des früheren Griechenkönigs Konstantin durch einen alliierten Gerichtshof herbeizuführen. Der Vorsitzende der Friedenskonferenz erklärt ein förmliches Geßuß, den Vertrag von Neuilly vom 22. August 1919, wodurch Japan Karoo annektierte, für null und nichtig zu erklären. Salandra und Salvago Magalhães haben ihre Vemter als italienische Friedensdelegierte niedergelegt, da ihnen nicht genügend Bewegungsfreiheit gelassen wurde.

Verhärzung der Blockade.

Eine Kaiser-Nachricht bestätigt, daß der Schweizer Bundesrat von den Alliierten eine Note erhielt, die der Schweizer Regierung eine völlige Blockade Deutschlands nahelegt, falls der Fall, daß Deutschland den Friedensvertrag nicht unterzeichnet. Es würde sich dabei um ein Ausfuhrverbot der Schweiz nach Deutschland handeln. — Nach dem dänischen Blatt „Politiken“ ist eine gleiche Note an Schweden, Norwegen, Holland, Dänemark und Spanien gegangen. Die Blockade über Deutschland soll in bedeutend schärferer Form verhängt werden.

Keine Fristverlängerung.

Aus London wird gemeldet: Graf Ransaus Antrag auf Fristverlängerung wurde von der Konferenz abgelehnt. Es wurde verlangt, daß er die letzten Vorschläge heute abend einreicht.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Westpreußen im Belagerungszustand.

Ueber ganz Westpreußen wurde vom preußischen Staatsministerium der Belagerungszustand verhängt. „New York World“ schreibt: Das charakteristische Merkmal der augenblicklichen Lage sei die von der deutschen Bevölkerung in den östlichen deutschen Provinzen an den Tag gelegte Kamphierbereitschaft. Die dortigen Zustände seien für einen Bürgerkrieg gegen eine polnische Besatzung tauglich. — Was wäre die größte Torheit, die begangen werden könnte.

Neuer Konflikt im mitteldeutschen Bergbau-Konflikt.

Auf einen gegen die Regierung gerichteten Aufruf hin hat das Oberbergamt Halle mit dem Einverständnis des Handelsministeriums dem Bezirksbergarbeiterrat beim Oberbergamt Halle erklärt, daß es seine Tätigkeit nicht mehr zulasse; das Dienstgebäude sei fortan zu verlassen und die Zahlung der Bezüge würde eingestellt. Das Oberbergamt ist gegen den Bezirksbergarbeiterrat auf Grund eines telegraphischen Erlasses des Handelsministeriums eingeschritten. Der Bezirksbergarbeiterrat hat im ganzen mitteldeutschen Braunkohlen-Revier Protestversammlungen gegen die des Vorgehen der Regierung einberufen.

Zur Abkündigung des linksrheinischen Grubenbesitzes der Gelienkirchener Gesellschaft.

In der außerordentlichen Generalversammlung der Gelienkirchener Bergwerks-Gesellschaft beendete der Vorsitzende den Entschluß der Gesellschaft zur Abkündigung ihres linksrheinischen Besitzes mit der feindlichen Stimmung in Luxemburg, den sehr unglücklichen Arbeiterverhältnissen und der sehr schwierigen Belieferung des Eisenbahnverkehrs. Auch seien von der luxemburger Regierung für die Werke störende Maßnahmen zu befürchten. Die Reichsregierung habe keine Bedenken gegen den Verkauf geltend gemacht. Durch die Bedingungen habe ein Angebot auf folgender Verkaufsgrundlage angenommen: Zahlung von 180 Millionen Mark in bar, Eingabe von 65 Millionen belgischen Franken in Ansehung eines Darlehens auf 20 Jahre, der sich je nach der Höhe der Forderung ändert. Durch die Bedingungen nahm dieses Angebot vorbehaltlich eines Eintritts politischer Ereignisse an. Die Verwaltung genehmigte ohne Debatte den Verkaufsplan. — Es wäre hoch von einiger Wichtigkeit, zu erfahren, warum die Regierung zu dieser durchaus unklar begründeten Abkündigung der Betriebsmittel keinerlei Bedenken hatte.

Die Tollhäuslern.

Sitze von Margu Parkisch.

„Na, abis Herr Doktor und meinen besten Dank für die gute Behandlung und das köstliche Essen und überhaupt, daß Sie mich wieder gesund gemacht haben!“
Der Arzt stand mit einem Freund am Portal der Irrenanstalt.
„Adieu, Frau Bormann,“ sagte er, „wir freuen uns alle, daß es Ihnen wieder so gut geht. Soeben habe ich Ihre Kranken-gehichte mit dem Bemerkung, als geheilt entlassen“ geschlossen. Lassen Sie sich nun auch weiter recht gut gehen.“ Er reichte der kleinen, rundlichen Frau die Hand, die nun mit strahlendem Gesicht die Anstalt verließ. Der Frau nachfolgend fuhr der Arzt fort:
„Ein sehr dankbarer Fall, wie Sie leider nicht allzu oft bei uns vorkommen. Beim Gott, in welchem Zustande uns die Frau gebracht wurde! Körperlich bis zum Ziel abgemagert und geistig total verwirrt. Sie ist Witwe und hat fünf Kinder, von denen das jüngste blind ist. Sie hat täglich Krämpfen müssen, um sich und die Kinder durchzusetzen. Im Sommer ist sie auf Feldarbeit gegangen, und im Winter hat sie gehänselt. Dazu der kinderreiche Haushalt und hässliche Kopf. Man kann wohl sagen, daß die arme Frau seit Jahren keine ordentliche Beiträge gehabt hat, denn das blinde Kind schließ tagüber und quälte sie nachts durch Schreien, weil es ja Tag und Nacht nicht unterscheiden konnte. Die Frau konnte sich natürlich nicht die Zeit nehmen, das Kind anders zu erziehen, denn sie war auch am Tage froh, wenn sie Ruhe vor ihm hatte und ihrer Arbeit nachgehen konnte. Dies Leben hat sie aber natürlich auf die Dauer nicht ausgehalten. Erst kam sie überfällig herunter und dann geistig. Sie konnte ihre Gedanken nicht mehr sammeln, verwechselte die Tage und Stunden, richtete Unheil im Haushalt an und bekam schließlich Lohausfälle. Durch Fetters und sehr fröhliche Ernährung ist es uns gelungen, sie wieder herzustellen.“
„Und die Krankheit kommt nicht wieder?“ fragte der andere Herr.
„Sie braucht nicht wiederzukommen. Genan so wenig, wie Sie dazu immer an Halsentzündung leiden müßte, weil Sie einmal eine richtige Angina gehabt haben. Die Frau war, wie man zu sagen pflegt, vollständig auf den Hund gekommen mit ihren hysterischen und geistigen Krämpfen. Ungewöhnlichkeit — wie das jedem passieren kann bei einer Lebensweise, wie Sie die Frau geführt hat.“

„In Dorje war es bald bekannt — die Bormannsche ist aus dem Irrenhaus wieder da! Sie hatte sich ihre Kinder wieder geholt, die während ihrer Krankheit bei ihrem Bruder im Nachbarort untergebracht waren, und begann ihr Leben wieder wie früher. Sie besorgte ihren Haushalt und verdiente dem Ehemann Geld.“

Die Wirtschaftslage im Ruhrrevier.

Der Verabauverein berichtet über die Verkehrslage im Ruhrrevier: Die Tagesförderung der Zechen des rheinisch-westfälischen Industriebezirk belief sich in der Vormonats wie an den vorangegangenen Tagen auf rund 215 000 Tonnen. Da die Einwirkungen der Streiks auf die Betriebsanlagen der Zechen als überwunden gelten können, scheint also mit einer weiteren Steigerung nicht mehr zu rechnen zu sein. Jedenfalls wird die in den letzten Kriegsmonaten erzielte Tagesleistung von 325 000 Tonnen vorläufig auch nicht annähernd erreicht.

Abwehrstreik in Königsberg.

Der Aktionsausschuß für den Abwehrstreik gibt bekannt, daß infolge des politischen Generalstreiks, den die Unabhängigen und Sozialisten begehren, alle hinter der Regierung stehenden sofort im Interesse der Allgemeinheit unbedingte in den vollständig gewordenen Abwehrstreik treten. Die Beamten, Privatangestellten, Ärzte, Apotheker, Banken, Betriebe im Handels- und Industriegebiet stellen sofort ihre Tätigkeit ein. Wie die Gesamtheit mittelst, kann die Gesamtheit nur bis Dienstag früh erfolgen.

Schwaches Steigen der deutschen Wälu.

In der Schweiz ist die Reichsmark seit drei Tagen von 35 auf 41½ Centimes gestiegen, ein Zeichen dafür, daß man in der Schweiz die politische Lage nicht ungünstig beurteilt.

Dänemark.

Fort mit den Militärgerichten! Mit der Militärgerichtsbarkeit wird Dänemark in kurzer Zeit ausgeräumt haben. Eine aus Mitgliedern aller Reichstagsparteien bestehende Kommission hat einstimmig die Abschaffung der Kriegsgerichte befürwortet.

Rußland.

Neue Kämpfe im Baltikum. Mit dem Eintritt der wärmeren Jahreszeit legte die erwartete Offensive der Sowjettruppen gegen das Baltikum ein. Seit Sonntag abend sind heftige Kämpfe an der ganzen Front von Schloß bis Bausk im Gange.

Die große Offensive. Wie aus Helsingfors berichtet wird, ist der Angriff auf Petersburg als die Einleitung zum entscheidenden Vorstoß zu betrachten, der unter Führung der Alliierten an allen Fronten gegen die Sowjetregierung erfolgen soll. Man erwartet, daß nach dem Fall Petersburgs, mit dem in Kürze gerechnet wird, ein Hauptschlag gegen die große bolschewistische Armee geführt werden wird, die in der Nähe von Welogda bereitete Stellungen bezieht. Zur gleichen Zeit mit dem Angriff gegen die bolschewistische Hauptmacht soll von Polen, Esten, Litauern und antibolschewistischen russischen Verbänden eine Aktion in Kurland eingeleitet werden. — Das einflussreiche Pressebureau in Kopenhagen meldet, daß Petersburg nun von zwei Seiten stark bedroht ist und zwar von Norden durch das finnische Heer und von Südwesten durch die estnischen Truppen. Die Sowjettruppen erlitten in der letzten Zeit schwere Verluste. Schwedische Truppen setzen mit deutschen und russischen Hilfstruppen den Vormarsch fort und haben den Unterlauf des Luga unterhalb Petersburg erreicht.

Lenin an Bela Kun. Lenin hat an den Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten in Ungarn, Bela Kun, folgendes Telegramm gerichtet: Ich bin überzeugt, daß die Proletarier Ungarns trotz der ungeheuren Schwierigkeiten ihre Macht behalten und fördern werden. Ich grüße die rote Armee der ungarischen Arbeiter und Bauern, die immer stärker wird. Der unheimliche Friede der Entente erhöht die Sympathien für die Sowjetmacht.

Ungarn.

Ein Aufruf der Räterepublik. Das kämpfende Proletariat Ungarns richtet ein Telegramm an das Proletariat der ganzen Welt, in dem es u. a. heißt: Die Lage der ungarischen Räterepublik hat sich wieder verbessert, die Kapitalisten und Imperialisten des Auslandes rufen jedoch zu neuem Angriff von allen Seiten gegen die ungarische Räterepublik zu rufen. Die Kapitalisten sind solidarisch, um ein Volk zu erdrücken, welches sich von der Ausbeutung befreit hat. Seid auch Ihr solidarisch mit uns und macht dies räuberische Attentat unmöglich!

berei. Durch Vermittlung der Gemeindefürsorge hatte das blinde Kind Aufnahme in einem Kinderheim gefunden. Die Bormannsche hatte es erst nicht hergeben wollen, sich aber dann dem Zureden der Schwester gefügt, es wenigstens so lange dort zu lassen, bis es ertragen war, Tag und Nacht unterscheiden gelernt hatte. Die Bormannsche, die Tollhäuslerin war wieder da — sie sollte ja ganz die und ganz geworden sein! Ob sie auch wirklich wieder ganz gesund war und nichts mehr im Kopfe hatte? Davon mußte man sich mit eigenen Augen überzeugen. Die einen kamen und brachten ein solch Zeug, aus dem sie ein Kleid oder einen Rock gearbeitet haben wollten, die anderen kamen mit leeren Händen, unverschämten ihre Neugier zeigend. Und während die Bormannsche erzählen mußte, wie es im Tollhause war, beobachtete man sie genau, ließ sich keine Handbewegung von ihr und keine Miene ihres Gesichtes entgehen. Ob sie nicht doch etwas Aufreißendes an sich hatte? Die meisten waren nicht nur von der Art, wie sie sprach, recht enttäuscht, sondern auch von dem, was sie zu hören bekamen. Sie mußte immer nur von der guten Pflege und dem guten Essen zu erzählen, aber von den Zwangsarbeiten, den Handarbeiten und Gummistücken, die es doch im Irrenhause geben mußte, hörte man nichts. Das war ja sonst wie in einem geschlossenen Krankenhause, denn die Einprägungen, die die Bormannsche gelegentlich erwähnte, gabs dort auch, wenn eine nicht schlafen konnte. Aber — die Bormannsche war ja selbst in eine Tollhäuslerin gewesen und wollte gewiß nicht alles erzählen, was dort zuging. Die Bormannsche merkte die Neugier, mit der man sie bejaß und fühlte auch das Mißtrauen, mit dem man ihr begegnete. Aber sie dachte, das wird sich mit der Zeit schon legen, und ging mit neuen, frischen Kräften an ihre Arbeit, und war froh, ihren Kindern wieder eine rechte Mutter sein zu können.

Eines Tages, gegen Abend, kam die Diebels, die Frau eines reichen Bankiers aus dem Ort, um ihr Stoff zu einem neuen Kleide zu bringen. Die Wohnstube war offen, und man konnte in die Kammer mit den vier Betten sehen. Als die Bormannsche der Frau nachgesehen hatte, meinte die Diebels, auf die Kammer zu gehen: „Ja, glocke gar, Bormannsche, Du hast in der Kammer die Fenster off!“
„Ja,“ sagte sie, „ich will die Kinder gleich zu Bett bringen, um da falls noch noch n bisschen läste.“
„Bei der Rätel!“ rief die Diebels.
„Frühe Luft hat noch keinem was geschadet! Die Kerze in der Kammer wurden immer befe, wenn mehrere Stuben schlecht gelüft waren.“
„Janzusammen!“ sagte die Diebels und ging. Sie erzählte alles in Dorje, daß die Bormannsche bei der größten — n ein Stück keine je halt doch noch! Die Bormannsche ahnte, was man von ihr dachte und wie ihr alles ausgelegt wurde; es ist ihr weg und sie wurde zurückhaltender gegen die Bauern, janzusammen.

Rumänien.

Wiederaufnahme der Offensive. Der rumänische Heeresbericht meldet, daß der Vormarsch gegen Ungarn auf Anordnung der Entente wieder aufgenommen worden sei. Die ersten Verluste, die Teich zu überschreiten, hätten bereits zu einem heillosen Ergebnis geführt. Gleichzeitig meldet der rumänische Heeresbericht von schweren Kämpfen am Danesitz gegen die Russen.

Frankreich.

Languet über den Bolschewismus. Im „Populaire“ schreibt Languet: In der russischen wie in allen anderen Friedensfragen habe Wilsons Politik seit der Einladung zu der Konferenz auf den Bringenstein eine völlige Niederlage erlitten. Die Arbeiterklasse aller Länder müsse zusammenhalten, um dem Bolschewismus beizustehen, denn wenn dieser untergehe, sei die Weltrevolution vernichtet und die Reaktion werde überall triumphieren. Wie die finnischen, so würden sich hoffentlich auch die polnischen Sozialisten weigern, gegen den Bolschewismus zu marschieren, sonst komme in Rußland die schwärzeste Reaktion wieder zur Macht: „Wir Sozialisten und Gewerkschaftler Frankreichs, Englands, Italiens, werden wir nicht gegen neue Verbrecher Stellung nehmen, wenn sie sich vorbereiten, werden wir nicht die nötige Aktion beschließen?“

England.

Protestkundgebung gegen die Blockade. In der Albert Hall zu London fand eine große, von der Gesellschaft zur Bekämpfung des Hungers einberufene Protestversammlung gegen die Blockade Deutschlands, durch die Hunderttausende von Frauen und Kindern ums Leben gekommen sind“, statt. Der Vorsitzende, Lord Darnley, erklärte, daß der Friede ein Friede des Wohlwollens und der Veröhnung sein müsse. Robert Smilie sprach ebenfalls und unterbreitete einen Antrag, in dem auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, tägliche Hilfe zu leisten, um die schreckliche Hungersnot in den notleidenden Gebieten Europas zu bekämpfen. Earl Beauchamp unterbreitete einen Antrag, in dem die Aufhebung aller Schranken, die die wirtschaftliche Entwicklung hemmen und eine Politik des gleichberechtigten Handels zwischen allen Völkern gefordert wird.

Amerika.

Eine neue Botschaft Wilsons. Dem New York Herald wird gemeldet, daß Präsident Wilson eine neue Botschaft an die Vereinigten Staaten fertiggestellt habe. Der Präsident werde den amerikanischen Kongress um die Ermächtigung bitten, einen Teil der amerikanischen Truppen für weitere fünf Jahre als Teil der Alliierten Truppen, die von Deutschland die Erfüllung der Friedensbedingungen zu erzwingen haben werden, am Rhein belassen zu dürfen.

Amerika will mit England nicht teilen. Die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ erzählt: Die Vereinigten Staaten werden die in den amerikanischen Häfen beschlagnahmten deutschen Schiffe von 700 000 Tonnen trotz des Protestes Englands behalten. Die Vereinigten Staaten wollen die deutschen Schiffe nicht nach Maßgabe des verletzten Schiffsraums unter den Alliierten verteilen lassen, da sonst England den Löwenanteil hätte.

Australien.

Die wirtschaftliche Lage. Rimos meldet aus Sydney, daß in Australien große Mürhen drohen, weil der Betrieb in einem großen Teil der industriellen Unternehmungen gänzlich eingestellt worden ist. In Melbourne wird der Markt von billigen japanischen Waren überschwemmt. Das Personal der Victoria-Eisenbahn fordert in einer Resolution die Einführung des russischen Sowjet-Systems.

Kleine politische Nachrichten.

Die Abgeordneten des Saargebiets haben gegen die Lösung des Saargebiets Protest eingelegt.

Das Journal meldet aus Tanger, daß am 14. Mai südlich Anafaras ein Kampf zwischen Marokkanern und Spaniern stattfand, bei dem 95 Spanier getötet und zahlreiche verwundet wurden.

Die Unabhängigen in Landsbut in Bayern haben sich gegen die Annahme des Friedensvertrags ausgesprochen.

Die Meldung, daß die Nationalversammlung Ende dieses Monats zusammentreten werde, trifft nicht zu, da zurzeit ein ausreichender Anlaß für die Einberufung noch nicht vorliegt.

Der Friedensausbruch der Nationalversammlung wird erst nächste Woche zusammentreten, wenn die Antwort der gegnerischen Regierungen auf die deutschen Gegenentwürfe vorliegt.

Die Zentralfelle für die Einigung der Sozialdemokratie kündigt einen deutschen Sozialistentag an, der in Berlin voraussichtlich vom 21. bis 23. Juni im Herrenhause abgehalten wird.

Wie zuverlässig verlautet, bereiten die finnischen und estnischen Sozialisten durch Vermittlung eines schwedischen Sozialisten Friedensverhandlungen zwischen der Sowjetregierung und Estland vor.

Im Suez-Kanal dehnt sich der Streik immer mehr aus. In Port Said leiten alle Hafenarbeiter die Arbeit nieder. In Suez droht ein Ausbruch der Arbeiter in dem elektrischen Lichtzentralen und Eisfabriken.

Das Elbe und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 21. Mai.

Die Völkervereinigung „Deutsch-Nationalen“, die zwar nicht sehr stark an Zahl sind, sich aber doch sehr wichtig vornehmen, und gar gern im Namen des Volkes sprechen, das von ihnen nichts wissen will, hatten den letzten Samstag, den Abgeordneten v. Graefe als Redner über die uns angedrohten Friedensbedingungen nach hier kommen zu lassen. Bekanntlich gehört dieser medienburgische Talmsjunker zu den Reuten, welche mit großem Eifer für einen Frieden der Vergewaltigung eintraten, so lange sie glaubten, daß die deutschen Nachbarn ihn den andern Völkern aufzwingen könnten. Nun es anders gekommen ist, ziehen auch sie andere Register auf. Wenn sie schweigen und ihre merkwürdigen Personen möglichst in Vergessenheit zu bringen versuchen würden, so müßten sie damit sich und dem Volke ungewissenhaft am meisten. Denn ihre Sünden sind es in erster Linie, für die unser Volk jetzt so schwer büßen soll. Graefe meinte in seiner Rede, die Illusionspolitik hätte Deutschland vor und während des Krieges unendlich geschadet. Dabei sind es doch gerade Graefe und seine Gefinnungsgenossen gewesen, die immer und immer wieder die gefährlichste aller Illusionen zu wecken versuchten, als könne Deutschland und seine Verbündeten die ganze übrige Welt niederringen. Wenn wir der Ansicht sind, daß die von den Alliierten vorgeschlagenen Friedensbedingungen den deutschen Sozialismus treffen sollen, so ist damit nicht gelagt, wie Graefe es hinzustellen versucht, daß ihr Zweck nicht auch die Befestigung des deutschen Militarismus ist.

Beides möchten die Herren Clemenceau, Lloyd George usw. vernichten, weil sie darin eine Gefahr für den von ihnen vertretenen Kapitalismus und Imperialismus erblickten. Den Bolschewismus als Abwehrmittel gegen den Gemaltheben verworfen v. Graefe, weil er gleichbedeutend mit Selbstmord sei, den angeblich nur Feiglinge begehen. Und könnten Herr v. Graefe und seinesgleichen dabei mangelhaft verlieren; was jedoch nur nebenbei bemerkt sei, zumal wir selbst entschiedene Gegner bolschewistischer Methoden sind. „Kein Mensch denkt auch nur im entferntesten an eine reaktionäre Bewegung“, betonte der Herr aus Goldbeere weiter. Mag sein; dann aber nur, weil deren Ausschüßen heute unter dem Kulpunkt stehen. Wozu legt Herr v. Graefe seine Hoffnungen? Einmal auf „die nationale Erhebung des Volkes“, dann auf die Jugend, von der nach seinen Worten das deutsche Volk erwartet, daß sie „zurücklehrt zum alten christlichen, deutschen Sinn“. Was mit diesen etwas dunklen Sätzen gemeint wird, ist nicht leicht zu erkennen. Jedenfalls sind gegenwärtig Kräfte am Werke, die künstlich nationalistische Erfindungen hervorgerufen möchten, und selber war der „eheliche, deutsche Sinn“ für die jetzt deutschnationalen doch immer etwas nur ihren Gesinnungsgenossen eigentümliches. Das ist noch unvergessen und darf auch nicht so bald aus der Erinnerung schwinden. Die Verunglimpfung der Führer des merkwürdigen Volkes gehörte früher zum guten Ton der Leute vom Schlage Graefes. Heute jammert er über die „Schmachtschreien auf die Führer der großen Zeit (Ludendorff und Korfalken), die wie Gipsfiguren aus dem Erdboden sprächen“. Gegen die Schmachtschreien von Junius Mier usw. hatte er i. Zt. nichts einzuwenden. Bald so, bald so, wie es ihm politisch nützlich erscheint. Die Weisheit Graefes wurde in einem der kleinsten Lokale Lübecks an die Zuhörer gebracht, von denen manche den Vorzug größerer Jugendlichkeit hatten, den noch vor kurzer Zeit die bürgerlichen Parteien allerdings nicht recht gelten lassen wollten.

Der 24. Verbandstag des Verbandes nordwestdeutscher Konsumvereine tagte am 18. Mai in Bremen. In seinem Jahresbericht von 1918 konnte der Verbandstaktar darauf hinweisen, daß sich der Umsatz der 161 Konsumvereine um 11 454 000 Mk. auf 140 914 000 Mk. gesteigert hat. Dieser Umsatz wurde in 1006 Verkaufsstellen erzielt. Die Mitgliederzahl liegt um 7465 auf 414 208. Auf Mecklenburg-Schwerin kamen hier von 15 Vereinen mit 20 227 Mitgliedern und 4 575 000 Mk. Umsatz, 21 Vereine des Verbandes erzielten Millionenerlöse; Klostorf steht hierbei mit 1 791 000 Mk. an 14. Stelle. Auf diese 21 Vereine entfielen 116 978 000 Mk. vom Gesamtumsatz, auf die übrigen 136 Vereine 17 321 000 Mk. Seit der Umwälzung im November vorigen Jahres hat der Genossenschaftsgeist besondere Fortschritte gemacht, auch die bisherige ungenügende Behandlung der Konsumvereine und ihrer Großverkaufsgesellschaft gegenüber dem privaten Warenhandel wird nach den vom Reichsernährungsminister herausgegebenen Richtlinien verschwinden müssen und die Großverkaufsgesellschaft wird in die Warenverteilung wieder eingegliedert werden. Auch in politischer Beziehung ist die Beurteilung der Genossenschaften eine andere geworden. So z. B. hat die mecklenburgische Regierung das bisherige Sonderbestimmungsgebot, nach welchem die Konsumvereine ohne Rücksicht auf ihren Uberschuß 10 Prozent ihres Umsatzes als Gewinn verifizieren mußten, aufgehoben. So wären alle Aussichten für die günstige Weiterentwicklung der Konsumvereine vorhanden, wenn nicht durch die unerhörten harten Friedensbedingungen, die uns die Entente aufzwingen will, besonders für die minderbemittelte Bevölkerung die gegenwärtige Tätigkeit außerordentlich gehemmt wird. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß das jetzt im Vordergrund der politischen Debatten stehende Sozialistenprogramm auch in den Genossenschaften, deren ganze Tätigkeit ja schon ein Stück Sozialisierung sei, eingehend erörtert werden müsse. Diese Anregung wurde dahingehend beantwortet, daß sich der allgemeine Genossenschaftstag damit beschäftigen werde, der Generalrat habe aber wegen der Verkehrsverhältnisse noch nicht Stellung dazu nehmen können. Einen längeren Raum nahm eine Debatte über lokale Vorgänge in Bremen ein, wo bei den politischen Streiks auch die Genossenschaft durch Schließung ihrer Verkaufsstellen in Mitleidenschaft gezogen wurde. Zwei hierzu eingereichte Resolutionen wurden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, weil sich die Genossenschaften in einer solchen politischen Frage nicht einseitig festlegen können. Weiter behandelte der Generalstaktar Kaufmann die Aufgaben, die den am 23. und 24. Juni in Hamburg stattfindenden Genossenschaftstag beschäftigen werden. Den dazu vorliegenden Anträgen des Vorstandes des Zentralverbandes wurde zugestimmt. Die weiteren Tagesordnungspunkte betreffen interne Genossenschaftsangelegenheiten, die den Vorschlägen des Vorstandes entsprechend beschlossen wurden.

„Einer der nicht darbt.“ Bei der am 20. 5. 19 auf dringenden Wunsch (sowas Richtige) Stellung der von Herrn Bastian veröffentlichten Ausführungen) vorgenommenen Prüfung der dort gehaltenen beschlagnahmten Lebensmittel, konnten von der Fahndungskommission festgestellt werden: Die beschlagnahmten Gegenstände, wie Speck usw. waren teilweise durch kleinere Stücke ersetzt, ja teilweise sogar ganz verschwunden. Bei genauerer Durchsicht der Räume nach den verschwundenen Lebensmitteln konnten noch weiter beschlagnahmt werden: 6 runde Käse im Gewicht von 10 bis 16 Pfund, 5 runde Käse im Gewicht von 6 bis 7 Pfund, fast ein Jahr alt, 22 runde Käse von 7 Pfund, ungefähr 1 Monat alt, 21 runde Käse im Gewicht von 7 Pfund, ungefähr 3 Tage alt. Nach Angabe des Käserers Beer waren die vorgenannten Käse für die Milchlieferanten bestimmt. Etwas Genaueres wird ja die Gerichtsverhandlung ergeben. Ferner wurden noch beschlagnahmt: 40 Gläser eingem. Fleisch und Wurst, hiervon waren einige Gläser schon verdorben. Außerdem war noch ein Krug Fett verdorben. Die Fahndungskommission hielt Frau B. vor, weshalb sie nicht schon früher diese jetzt verdorbenen Fettigkeiten an die ärmere Bevölkerung abgegeben habe. Hierauf antwortete Frau B., es könnte jeder Hausfrau passieren, daß eingemachte Sachen verdorben und nebenbei gesagt, hätte sie auch schon viele Genussmittel abgegeben. 2 1/2 Maß Salz (Käseform), 25 Pfund, welche noch gefunden wurden, sollen nach Angabe der Frau B. der Meierei gehören. Im Fall war auch eine kleine Veränderung eingetreten. Der Wulle und das Jungvieh war nicht mehr vorhanden, dagegen aber ein Kalb von einigen Tagen. Auf Befragen wurde mitgeteilt, daß das andere Vieh nach dem Befehl des Herrn Bastian in Kiendorf gebracht sei. Außer den in einem anderen Stall vorgefundenen 7 Schweinen fand man noch 7 weitere Ferkel vor, welche nach Aussagen der Beschäftigten der Meierei, nicht Herrn Bastian, sondern je eins Herren Philipp Karsten, Albrecht, Park, Rahn, Hiesch und Bothauer gehören sollen. Wie auf Befragen angegeben wurde, waren diese 7 Ferkel noch nicht angemeldet. Das jetzt insgesamt Vorgefundene mag nun endlich soviel ausmachen, daß Herr Bastian mit seiner Familie und der großen Anzahl Angestellten, die er alle mit verpflegen muß, ausreichend genug hatte, denn nach Lesen seiner Erwidrerung in den hiesigen Blättern war dieses nicht der Fall. In der Soldatenwehr trug man sich sogar mit dem Gedanken, Herrn Bastian noch einige Lebensmittel zuzubringen, damit das fehlende Quantum herauskommen wäre. (Wird sich nun wohl erübrigen.) Möchten zugleich noch bemerken, daß wir zu dieser Angelegenheit keine Erklärungen mehr geben werden, bis vom Gericht festgestellt ist, inwieweit Herrn Bastian diese Lebensmittel zustanden. Die beschlagnahmten Gegenstände werden bis auf die von der Kriminalpolizei zur notwendigen Ernährung befallenen, im Rüstlichen Rathaus aufbewahrt.

Bei einer Hausdurchsuchung bei Herrn Baumtischler Torfuhl, Radenburger Allee, wurden keinerlei unrechtmäßige oder nicht zugehörige Lebensmittel vorgefunden. Fahndungskommission und Vertrauensleute der Republikanischen Soldatenwehr.

Selbstmord nach Ost-Lothringen. Der Generalkommissar der französischen Republik in Straßburg gibt Folgendes bekannt: Da die Einfuhr deutschen Geldes unterlag ist, dürfen Geldbesitzer an die in Ost-Lothringen verbliebenen Familien der deutschen Offiziere, Beamte und Unteroffiziere lediglich durch die Ein-

sendung französischer Banknoten, oder durch Ueberweisung auf ostlothringische Banken über neutrale Länder vor sich gehen.

Den Krieg in Deutsch-Ostafrika, der im Rahmen des großen Weltkrieges ausgefochten wurde, behandelte gestern abend der Führer der deutschen Truppen in dieser Kolonie, General v. Lettow-Orbeck, in einem Vortrag, den er auf Einladung der Kolonialgesellschaft im vollbesetzten Stadttheater hielt. Vor ihm betonte ein den Abend eröffnender Herr die Wichtigkeit der deutschen Kolonien für den Uberschuß der deutschen Bevölkerung, der in Zukunft mehr als früher außer Landes sein Brot suchen müsse, sowie für das deutsche Wirtschaftsleben. Er schloß mit dem Satz: Heraus mit unseren Kolonien! Starke Zustimmung unterstrich diese Forderung. Dann betrat, lebhaft begrüßt, v. Lettow-Orbeck die Bühne. Mehr als vier Jahre hat dieser Mann mit seiner tapferen schwarz-weißen Garde sich im dunklen Erdteil umfrengegt der feindlichen Uebermacht erwehrt. Als im November v. J. der Waffenstillstand an allen Fronten des Weltkrieges beendete, befand sich der Rest der Verteidiger des deutschen Besitzes in Afrika sogar in einer verhältnismäßig günstigen Position, wie der Vortragende betonte. In seinen reichlich einkündigen Ausführungen, die frei waren von jeder Verunglimpfung des Gegners, wurden die großen Strapazen und Entbehrungen der Truppe als etwas Selbstverständliches ohne viel Aufhebens nur nebenbei erwähnt; in knappen Sätzen schilderte v. Lettow die durch die Verhältnisse gebotenen verschiedenen Methoden des Krieges, die Schwierigkeiten der Munitions-, Lebensmittel- und Arzneiverzorgung, die fast gänzlich aus den Beständen bezogen werden mußte, die dem Feind nach Kampf abgenommen wurden. Der Geist, der die Truppen befehlte, ist ein guter gewesen, auch dann noch, als sie erkannten, daß ein völliger Sieg über die Gegner nicht möglich sei. Manchmal entstanden schwierige Lagen, aber man verzweifelte doch nicht. Redner erzählte auch einige schmerzliche Episoden aus dem Kolonialkrieg, die Heterkeit erweckten. Sein Vortrag klang aus in der Zuversicht, daß das deutsche Volk durch seine Tüchtigkeit aus der gegenwärtigen schlimmen Situation heraus wieder den Weg zur Höhe finden werde. Anhaltender Beifall. Dann gingen viele der Erschienenen, die noch immer in der alten, vergangenen Zeit zu leben glauben, an, sich im Gesang von „Deutschland, Deutschland über alles“ zu üben.

Eine Bekanntmachung betreffend die Beschlagnahme und Bestandserhebung von Korfalken, Korfalken und den daraus bereitgestellten Halb- und Fertigerzeugnissen, sowie die Höchstpreise für Korfalken und Korfalkerzeugnisse wird jetzt veröffentlicht. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Nichtlinien für die Gebührenerhebung an Heimkehrer des ehemaligen Oester.-ungar. Heeres. Von zuständiger Stelle wird uns geschrieben: Die Auszahlung von Gebührenerlösen und die Erstattung für nicht erlangbare Zivillöhner an die im Konsularbereich der Damburg wohnhaften Heimkehrer des ehemaligen Oester.-ungar. Heeresangehörigen, mit Ausnahme der ungarischen Staatsangehörigen, findet tagl. von 2-6 Uhr nachmittags bei der Liquidationskommission des Liquid. Kriegsministeriums Wiens in Damburg, deutschösterreich. Generalkonsulat, Benefic. 48 statt. 1. An Heimkehrergebühr ist ein Baubausbetrag von 50 Mk. festgesetzt, worauf nur solche Ansprucherhebende berechtigt sind, welche während der Aufzugszeit der ehemaligen Oester.-ungar. Armee an der Kampffront standen. Ansprucherhebende, welche vom hiesigen Generalkonsulate bereits einen Voranschlag erhalten haben, werden nunmehr die Differenz auf 50 Mk. nachbezahlt. — Weitere Gebühren, deren Anspruch dokumentarisch nachweisbar sind, können vorgelegt werden. 2. Ansprucherhebende auf Geldentschädigung für nicht erlangbare Zivillöhner (Zivillöhneräquivalent 100 Mk.) müssen den Nachweis erbringen, daß sie feinerzeit ihre Zivillöhner beim Kaiser abgegeben und hierfür noch keinen Ersatz bzw. auch diese Zivillöhner noch nicht erhalten haben und nur, wenn sie von der ehemals gefassten Oester. Militärmedaillenkommission pro November, Dezember 1918 werden auf Grund eines richtigen Dokumentes (Legitimation) verabsichtigt, sowie zur Weiterzahlung ab Januar 1919 an die Pensionsliquidationsstelle nach Wien weitergeleitet. 4. Ungarn können nur auf Grund von Dokumenten Gebühren für die Zeit vor dem 1. November 1918 beanspruchen. Ansprucherhebende, die in Groß-Damburg oder Darburg wohnhaft sind, haben sich bis längstens 2. Juni 1919 bei der obigen Liquidationskommission Anwerfungsstellen einzuholen, mittelst welchen sie an einen bestimmten Zahlungstag gewiesen werden. Eämtliche nicht in Groß-Damburg und Darburg wohnhaften, jedoch dem Konsularbereich der Damburg angehörenden Ansprucherhebenden haben ihre Gebührenerlöse schriftlich (per Post, Abänderung genau) bis längstens 10. Juni 1919 anzugeben, worauf eine weitere Erledigung per Post erfolgt. Bewerber, welche angeführte Anmeldebücher veräußern, verlieren ihre Ansprucherberechtigung. Militärische Entlassungsscheine, Meldebücher und Passbücher sind unbedingte Beigebühren.

Der Vaterländische Frauenverein sendet uns einen Bericht über die Tätigkeit im Jahre 1918. Wir geben daraus einiges wieder: In den vom Frauenverein verwalteten Küchen- und Waschküchen waren 200 freiwillige weibliche Hilfskräfte tätig. Der Wäschebeutel der Abteilung für Wäscherinnen und Säuglingsfürsorge wurde in 20 Fällen benutzt, außerdem wurden 20 Säuglingsausrichtungen versehen. Die Krankenpflegerinnen leisteten in der Privatpflege 492 Ganzpflegen, 132 Tagpflegen, 134 Nachtwachen und 319 Hilfeleistungen. An Schwestern sind vorhanden: 68 Schwestern, 24 Schwesterinnen und 36 Hülfsschwesterinnen. Die Zahl der Hülfsschwesterinnen hat sich erheblich vermehrt. Unsere Privatpflege wurde in gewohnter Weise weitergeführt. Es wurden im Berichtsjahre darin verpflegt 113 Personen an 2642 Verpflegungstagen. Wir hatten 26 Entbindungen, 47 Operationen, 6 Todesfälle. 15 Verze waren an der Klinik tätig. Die Erholungsstätten in Wesloe konnten für Männer und Frauen nicht in Betrieb gesetzt werden, da auch in diesem Jahre die nötige Menge Vollmilch fehlte. Die Erholungsstätte übernahm aber wieder die Verpflegung der Waldschulkinder. Durch Ueberweisung von Mitteln von der Kriegshilfe und der Landeserversorgungsanstalt und durch die Beihilfe des Senats sowie durch Spenden von freundlichen Gönnern der Waldschule wurde es ermöglicht, trotz der großen Kosten für die Lebensmittel den Betrieb der Waldschule 3/4 Monate aufrecht zu erhalten. Vom 1. 6. bis 15. 9. waren täglich 134 Kinder in der Waldschule, von denen die meisten 10 Kinder und 10 Mädchen auch nicht brauchen blieben. Aus den Berichten des Arztes und der leitenden Lehrerin geht hervor, daß die Kinder sich gut erholten und auch an Gewicht zunahmten. — Das Wirken der Tuberkulose-Fürsorgestelle im Jahre 1918 ergibt sich aus folgenden Zahlen: 1. Neu in Fürsorge genommen wurden 597 Personen, darunter 120 Männer, 218 Frauen, 259 Kinder. 2. Beratungen in der Sprechstunde 2780, 3. Ärztliche Untersuchungen 1910, 4. Beratungen in der Schwesternsprechstunde 870, 5. Sputum-Untersuchungen 110, 6. Schwesterbesuche 2784 mit Erfolg, 1203 ohne Erfolg. 7. Desinfektionen: a. von Wohnungen, b. von Hausgerät, Betten usw. 97. 8. Durchführung von Krankenfürsorge: a. für ausschließliche Rechnung der Fürsorgestelle 26, b. unter Beteiligung anderer Fürsorgeorgane 38, c. für Rechnung anderer Fürsorgeorgane 8, d. bei der Krankenkasse beantragt 1, e. bei der Lebensversicherung beantragt 81. Ferner wurden einige Familien mit Milch, Nahrungsmitteln und Stärkungsmitteln, Meie, Betten, Feuerung und anderen Verbrauchsgüterständen unterstützt. — Die Zahl der Arbeiterkinder hat sich um 231 durch das Gartenfeld an der Radeburger Allee vermehrt, sodas neben etwa 50 Jugend- und 200 Kinderkinder und 960 Familienkinder, insgesamt also 1240 Kindern von der Abteilung eingeräumt sind. Durch die Vermittlung des Kriegsausschusses für warme Unterkleidung erhielt der Verein auch in diesem Jahre Wolle zum Stricken von Socken für das Heer. Es konnten 2250 Paar Socken abgeliefert werden, durch deren Stricken 750 bedürftige Frauen einen Verdienst erzielten. Die vom Vaterländischen Frauenverein übertragene Obhutensammlung hatte, da die Rischerte nur gering war, keinen so guten Erfolg wie im Jahre zuvor. Immer-

hin konnten 800 Kilogr. Rischerte, 8307 Kilogr. Pflaumentern und 125 Kilogr. Rischerte, zusammen 9233 Kilogr., an die Desmühle abgeliefert werden. Der Verein zählte am Jahreschluss 420 Mitglieder. Seine Tätigkeit war eine sehr umfangreiche.

Sanitätstheater. Die am Donnerstag stattfindende Aufführung des Kriminalstücks „Wenn die Mäste fällt!“ dürfte großes Interesse beanspruchen. Der Verfasser ist eine in Lübeck sehr bekannte Persönlichkeit, die sich hinter dem Pseudonym „Hans Kubosch“ verbirgt. In dem Werke sind eine Anzahl hervorragender Gänge des hiesigen Stadttheaters beschäftigt.

Am neuen Schauspiel-Theater wird vom 20. bis 26. Mai „Händchen der Luft“ gegeben. Das Stück ist ein Meisterwerk, worin die Kunst des internationalen Mädchenhandels treffend beleuchtet werden. Es dient zur Vertiefung des Mädchenhandels.

Diebstahl. Am 19. d. M. ist aus einem Hause in der Engelsarube ein schwarzer Sammantel, 1 Paar Glacehandschuhe, 1 Korsett und 1 Paket Bäcklinge gestohlen. — Aus einem Lagerraum in der Gr. Allee ist ein Ballen, enthaltend ca. 50 Meter Wolle, ferner 40 Flaschen Rheinwein, Marke Kadesheimer, Jahrgang 1915 und 40 Flaschen Rheinwein, Marke Ungeheuer-Auflöse 1915, gestohlen. Der Geschädigte sucht für die Ermittlung des Täters eine Belohnung von 100 Mk. zu. — In der Nacht zum 17. d. M. sind aus einem Hofraum in der Marktstraße drei Kaffe-Kaninchen, nämlich ein blaues Wiener, ein graues belgisches und ein schwarzduntes Rieskaninchen gestohlen worden.

Ermiittelt und festgenommen wurde ein Dieb aus Hamm, Westf. wegen Fahrraddiebstahl. Der Festgenommene, der Infanterie-Uniform und grünen Filzhut trug, hatte die Gelegenheit wahrgenommen, als er ein Fahrrad fand, welches an ein Haus in Klinkhausen hingestellt war. Er wurde aber mit dem Fahrrad am alten Eisenbahnbaum erwischt, als er bereits die Nummerständer und die Satteldecke vom Fahrrad entfernt hatte. Dem Festgenommenen weitere Fahrraddiebstähle nachzuweisen war bisher nicht möglich.

Hamburg. Schwere Unfälle. Am Freitag abend wollte auf der Haltestelle Mittertor der Hochbahn der achtzehnjährige Werkarbeiter Normann noch in einem schon abgelaufenen Zug, trotz warnender Zurufe, steigen. Hierbei geriet er zwischen Tunnelwand und Zug, wobei ihm der rechte Arm abgerissen wurde, auch erhielt er eine klaffende Kopfwunde. Mit einem Notverband versehen wurde der Unglückliche ins Krankenhaus geschafft.

Hamburg. Gegen den Schleichhandel. In einer von etwa 1200 Beamten der Ortsgruppe Hamburg des Verbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten abgehaltenen Versammlung wurde eine Resolution angenommen, in der es u. a. heißt: Die Anwesenden halten es für dringend notwendig, daß die Regierung energische Schritte unternimmt, scharfer als bisher gegen den Schleichhandel vorzugehen, indem die gewerbetätigen Schleichhändler durch Einziehung ihres gesamten Vermögen und Zuchthausstrafen bestraft werden. Sollte die Regierung jedoch machtlos bleiben, so bliebe den unteren Postbeamten nichts anderes übrig, als weitere Lohnforderungen zu stellen, da es jedem von uns unmöglich ist, die heutigen Preise zu zahlen. Ferner wurde der Vorstand ersucht, sofort Schritte auf eine Erhöhung der Feuerungszulagen zu unternehmen. Folgende Forderungen sind rückwirkende Kraft ab 1. April 1919 werden gestellt: Für bis 18 Jahre Mk. 140 monatlich. Für Ledige und Verheiratete über 18 Jahre Mk. 280 monatlich. Außerdem für jedes Kind Mk. 50.

Wismar. Am letzten Sonntag sprach Gen. Stelling-Lübke in einer stark besuchten Protestversammlung gegen den Friedensvorschlag. Seine wirkungsvollen Ausführungen fanden körnliche Zustimmung. Eine Entschließung gegen den Frieden wurde einstimmig angenommen.

Schwerin. Vergiftung. Am Sonnabend ist in der Wittensburger Straße eine Familie an Vergiftung beim Essen schwer erkrankt. Der Mann ist bereits gestorben, während der Sohn und die Frau schwer krank darniederliegen.

Neueste Nachrichten.

Traubs Ansagen.
Berlin, 21. Mai. Im Friedensauschuss hat der bekannte deutschnationale Herr Traub an die Regierung die Frage gestellt, warum wertvolles Material zur Wiedereingliederung unserer Schuld an Weltkrieg, z. B. aus den Funden im Centralgouvernement Warschau über die Kriegsvorbereitung Russlands nicht veröffentlicht würden? Ferner, welche Stellung die Regierung zu der feindlichen Forderung, unsere Truppen auf 100 000 Mann zu kontingenzieren, einnehme? — Traub ist der allerangelegentlichste Mann, um die Schuldfrage zu besprechen. Er ist der schärfste Kriegshörer seit je gewesen und mitschuldig an der Verlängerung des Weltkrieges.

Bericht auf Oberhessen?
Berlin, 21. Mai. Die Telegraphen-Union meldet aus Katowitz: Auf Grund eines Telegrammwechsels, den die in Katowitz ansässige amerikanisch-englische Kommission mit der französischen Regierung gehabt hat, kann die bestimmte Erwartung ausgesprochen werden, daß die Entente auf die Abtretung Oberhessens an Polen nachträglich noch verzicht leisten.

Gesuch um Fristverlängerung.
Verailles, 21. Mai. Die deutsche Delegation hat mit Rücksicht auf zahlreiche noch zu behandelnde Gegenstände eine Fristverlängerung für die Gegenwärtigen beantragt. Die Mitunter werden zweifellos diese Bitte erfüllen.

Seine Veröffentlichung des Friedensvertrages.
Verailles, 21. Mai. Die radikale und radikal-sozialistische Kammergruppe bringt der Regierung zur Kenntnis, daß sie es als standalöser Zustand betrachtet, daß dem französischen Parlament der Friedensvertrag, den die ganze deutsche Presse bespricht, verweigert wird. Sie verlangen die sofortige Veröffentlichung. Die Regierung hat abschlägig geantwortet. (Siehe auch Artikel: Zum Friedensvertrag.)

Truppentransporte nach dem Orient.
Paris, 21. Mai. Angesichts der dauernden Truppentransporte nach dem Orient schlagen die Blätter L'Armee, weil kein Mensch weiß, zu welchem Zwecke diese Truppen verwendet werden sollen. Die sozialistischen Blätter behaupten, sie würden gegen die jetzige Regierung aufgetreten. Ebenso finden größere Truppentransporte nach Marokko statt, wo neue Aufstände ausgebrochen sind.

Briefkasten.
Mehrere Genossen. In der Affäre Bastian gehen uns, wie dem Arbeiterauschuss der L. M. G. fortgesetzt anonyme Zuschriften zu. Wir lehnen es für uns und im Auftrage des gen. Arbeiterauschusses ab, auf diese anonymen Sachen einzugehen. Wer Mitteilungen zu machen hat, muß auch den Mut haben, mit seinem Namen dafür einzustehen. Fehlt ihm dieser Mut, dann mag er getrost seine Mitteilungen für sich behalten.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Bauer.
Verleger: H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Reichsministerium für wirtschaftliche Demobilisierung.
Bekanntmachung

Nr. F. R. 550/4. 19. R. R. A.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über die wirtschaftliche Demobilisierung vom 7. November 1918 (Reichs-Gesetzblatt S. 1292) und auf Grund des Erlasses des Rates der Volksbeauftragten über die Errichtung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 12. November 1918 (Reichs-Gesetzblatt S. 1304) wird folgendes angeordnet:

Artikel I.

In der Bekanntmachung Nr. Q. 1/6. 17. R. R. A. vom 25. September 1917, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Korkholz, Korkabfällen und den daraus hergestellten Halb- und Fertigerzeugnissen, tritt in

- § 8 Absatz 2,
- 4 Satz 2,
- 5 Ziffer 1,
- 6 Absatz 1, Satz 1 und 3,
- 7

an die Stelle des Königlich Preussischen Kriegsministeriums und der Kriegserstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums das Reichswirtschaftsministerium in Berlin

- und in § 5 Ziffer 2, Satz 1 und 2,
- § 13 Absatz 2,
- und § 16

an die Stelle der Kriegswirtschafts-Vereinsgesellschaft (Berlin W 50, Nürnberger Platz 1) und des Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Kriegserstoff-Abteilung, Sektion Q die Korkwirtschaftsstelle des Reichswirtschaftsministeriums in Berlin, Budapeststr. 1.

Artikel II.

In der Nachtragsbekanntmachung Nr. Q. 1/5. 18. R. R. A. vom 18. Mai 1918, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Korkholz, Korkabfällen und den daraus hergestellten Halb- und Fertigerzeugnissen, tritt in

- Artikel I § 5 Ziffer 3, Absatz 1, Satz 1, und Absatz 2, Satz 2 und 3

an die Stelle der Kriegserstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums und der Kriegserstoff-Abteilung das Reichswirtschaftsministerium in Berlin

Artikel V § 11

an die Stelle der Kriegswirtschafts-Vereinsgesellschaft, Berlin W 50, Nürnberger Platz 1 die Korkwirtschaftsstelle des Reichswirtschaftsministeriums in Berlin, Budapeststr. 1.

Artikel III.

In der Bekanntmachung Q. 2/6. 17. R. R. A. vom 25. September 1917, betreffend Höchstpreise für Korkabfälle und Korkerzeugnisse, tritt in

- § 5
- an die Stelle des „zuständigen Militärbefehlshabers“ das Reichswirtschaftsministerium in Berlin
- und in § 6

an die Stelle der Kriegserstoff-Abteilung des Königlich Preussischen Kriegsministeriums, Sektion Q in Berlin SW 48, Berl. Seemannstr. 10 die Korkwirtschaftsstelle des Reichswirtschaftsministeriums in Berlin, Budapeststr. 1.

Artikel IV.

Diese Bekanntmachung tritt am 30. April 1919 in Kraft. Berlin, den 30. April 1919.
Reichswirtschaftsministerium für wirtschaftliche Demobilisierung.
Im Auftrage: Wolffhügel. (2415)

Bekanntmachung.

Die Sprechstunde des staatlichen Kinderarztes zur unentgeltlichen Behandlung bedürftiger Kollinder und Minder des Verfallsmonats findet fortan täglich vormittags von 10 bis 12 Uhr im Kinderhospital, Kahlhorststraße 31/33, statt. (2426)

Der erste Teilbetrag der Einkommensteuer

für das Jahr 1919/20 ist von den Steuerpflichtigen, die im Besitze eines Steuerzettels für die Vorstadt St. Lorenz sind, in der Zeit vom 21. bis 31. Mai 1919, bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.
Die Belegung des Wohnsitzes eines Steuerpflichtigen aus der Stadt in eine Vorstadt oder einen Landbezirk und umgekehrt, hat eine Änderung der im Steuerzettel angegebenen Zahlperiode nicht zur Folge. (2402)
Lübeck, den 20. Mai 1919.
Die Steuerbehörde.

Der erste Teilbetrag der Grundsteuer sowie die Brandstättenbeiträge

für 1919/20 sind für die Grundstücke in der Vorstadt St. Lorenz in der Zeit vom 21. bis 31. Mai 1919 bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten. (2401)
Lübeck, den 20. Mai 1919.
Die Steuerbehörde.

Sparkassenbuch

zwischen Lrapen gefunden. Abgab. bei Wih. Mahacke, (2390) Sundestr. 107.

Nur Donnerstag, 22. Mai, von 10—6 Uhr

werden alte Gebisse in Kautschuk, Gold und Platin im Central-Hotel, 1. Etage, Schüsselboden 12, höchstzahlend gekauft. (2409)

Am 24. Mai 1919 eröffne ich in (2410)
Travemünde
eine
Fachklinik für physikalisch-diätetische Therapie
unter dem Namen
Sanatorium Dr. med. Rehder.
Es enthält folgende Einrichtungen:
Königinstitut für Durchleuchtung u. Bestrahlung, Diathermie, Physiotherapie, Leber-Extrakt, Höhenkur, Finken, u. a. Erhöhen, Reizhorizontemanationen, Universalbäder, Sitzbänke, Dreigesenkbäder, Inhalatorium u. Dräger, Vibrationsmassagen, Diätische, micr.-chem. Laboratorium.
3 Schwestern, 1 Kaffeebar, Wohnung nach Belieben.
Dr. med. Rehder
Spezialarzt für innere Krankheiten.
Fernspr.: 175 und 222.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck.
Am 17. ds. Mis. verstarb durch Unfall unter Kollege
Karl Meier.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachm. 8 1/2 Uhr in Waldhufen statt.
(2421) Die Ortsverwaltung.

Zum Wäscheausbessern wir sofort eine Frau gesucht. (2418) Mariegarube 39.
Ges. zum 1. Juli ein leeres Zimmer zum Einstellen von Möbeln. Ang. u. W St a. die Exp. d. Pl. (2398)
Einach. Stube b. rechth. möblierte gef. Leuten in Dauermiete gef. Ang. u. K 1 an die Exp. d. Pl. (2399)
Zu kaufen gesucht ein guter Puppenwagen. Ang. m. Preis u. D 25 a. d. Exp. (2400)
Zu kaufen gesucht Gummireifen für Kinderwagen. (2404) Föpferweg 81.
Zu verkaufen eine Glucke. (2408) Kerkrinistr. 38.
Zu verkaufen ein Babykorb u. Halbschuh, Gr. 31, zu tausch. geg. 32 u. 22. (2398) Elmwigstraße 12.
Zu verkauf. Kinderklappstuhl u. Spiel. (2408) Friedenstraße 58, II.
Zu verk. ein Paar Militärstiefel u. Schuhe, Gr. 28, und Babykorb. (2417) Ludwigsstr. 38, L. r.
Fast neue Mil.-Schürschuhe 27 1/2 gegen Kleinere zu verk. (2418) Glandorstr. 35, II.
Zu verk. ein taubl. erhaltener heller Klappportwagen m. Sonnenverdeck, Gummi u. Nidel. (2425) Brolnastr. 44, I. L.
1 Pflanzgarnitur: 2 Sessel, 4 Stühle, 1 Tisch, 1 H. eis. Dien z. Kochen, 1 Tisch, 1 Laute zu verk. (2391) Engelsgrube 49.

3000 Rollen ge- brauchten Stachel- draht (2414)
preiswert abzugeben.
H. Meyer & Co., Lübeck

Glascheiben aller Art off. O. Tauschig, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35, Fernr. 2808.
Anklage der Gepeinigten
Geschichte eines Feldlazarets.
Ans den Tagebüchern eines Sanitätsfeldwebels. Mit einem Vorwort von Artur Zickler, Redakt. des „Vorwärts“.
Preis 80 Pfg.
Buchhdlg. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Restaurant Schlesierheim
Schmiedestr. 3
G. Laemann = Gemüthlicher Aufenthalt f. Skatspieler. (2395)

Deutscher Transportarbeit. - Verb. Ortsverwaltung Lübeck.
Versammlung des Kaufmannsarbeiter und Ruffiker am Donnerstag, dem 22. Mai, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ Tagesordnung: Bekanntgabe des Schiedspruches. Dringendes Erscheinen der Kollegen ist notwendig. (2429) Die Ortsverwaltung.

Für jeden Beruf
In neben der gewerblichen Ausbildung eine entsprechende Allgemeinbildung unerlässlich notwendig für ein weiteres Fortkommen. — Gelegenheit, ohne Lehrgeld veräusertes nachzubeten und Vergessenes aufzufrischen, bietet die **Goldene Bibliothek der Bildung und des Wissens.**
Ein Universal-Bildungswert zum Selbstunterricht, 3 starke Bände mit etwa 2700 Seiten und über 700 Abbildungen 65 M.
Inhalt: Richtig Deutsch sprechen und schreiben / Rechenbuch mit Recheltabelle / Schönschreiben / Kunst- und Plakatmalerei / Geschichte / Geographie / Erd-, Länder- und Völkertunde / Himmelskunde / Physik / Volkswirtschaftslehre / Buchführung / Stenographie / Zeichenschule mit 100 Übungsbeispielen / Englisch / Französisch / Der schriftliche Verkehr mit Gericht und Behörden / Ratgeber in Rechtsachen / Bürgerkunde / Gedächtnisübungen / Fremdwörterbuch / Orthographisches Wörterbuch u. a. m.
Wir liefern alle 3 Bände sofort auf einmal gegen monatliche Teilzahlungen von **nur 5 Mark**
M. Wolfbrüd & Co., Berlin, Oranienburger Str. 59.
Der Unterzeichnete erfucht hiermit um Befreiung des obigen Wertes laut Angebot in „Lübecker Volksbote“ Erfüllungsort Berlin-Mitte.
Name und Stadt: _____
Geburts- und Wohnort: _____ (falls nicht eigene Wohnung, bei wem wohnhaft)

Von jetzt ab bleibt mein Geschäft mittags von 1—3 Uhr geschlossen.
G. Schönenberger Nchf. (2397)
Inh.: Julius Eisleben.
Braunstrasse 30—32.

Die Kühlhaus Lübeck Aktiengesellschaft empfiehlt sich zur täglichen Lieferung von **Kunsteis** (Sonn- und Feiertags ausgenommen) zu nachstehenden Preisen:
ca. 5 Pfd. für den Monat Mf. 15,00
= 10 = = = = 20,00
= 15 = = = = 25,00
= 20 = = = = 30,00
= 25 = = = = 35,00
Bezugszeit der Lieferungen mindestens 8 Monate; die Lieferungen beginnen am 2. Juni ds. Js. (2411)
Die Direktion.

H. Möllers (2386)
Berg- u. Talbahn
auf dem kleinen Exerzierplatz Fackenburg Allee.
Geöffnet von nachmittags 3 Uhr an.
Amüsant für groß und klein.
Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein Der Besitzer.
Adlershorst. Jeden Donnerstag: Tanz. (2304)

Israelsdorf. Erholung. Vergnügungshaus
Statt Donnerstag (2420) Freitag Kränzchen.

Jeden Mittwoch und Sonntag: (2427)
Gr. Ball im Gewerkschaftshaus.
Konzerthaus Friedrichshof. Freitag, den 23. Mai:
Großer Ball des St. Matthäi-Sparklubs. Saalöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. (2392) Herren 2 Mk., Damen 1 Mk., eine Dame frei.
Luisenlust. Jeden Mittwoch und Sonntag: (2419) **BALL**

Unabh. Soziald. Partei. Ortsgruppe Lübeck.
Mitglieder-Versammlg. am Sonnabend, dem 24. Mai, pünktlich 7 Uhr, im Gasthaus „Zum Anker“. Aufnahme neuer Mitglieder. Tagesordnung wird daselbst bekannt gegeben. Es ist bringende Pflicht eines jeden Genossen zu erscheinen. Der Vorstand hat eine halbe Stunde vorher Sitzung. (2405) Der Vorstand.

Zentral-Verband der Zimmerer. Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlg. am Donnerstag, dem 22. Mai, abends 7 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstr. 50—52. Tagesordnung: 1. Beratung der gestellten Anträge zur 21. Generalversammlung. 2. Innere Verbandsangelegenheiten. (2422) Der Vorstand.

Zirkus Hermann Althoff (2428)
Lübeck. Kleiner Exerzierplatz Fackenburg Allee.
Heute Donnerstag, sowie täglich abends 7 1/2 Uhr:
Das neue Programm
U. a. Neu! Attraktion John Becker Looping the Loop in der Luft.
Karten-Vorverkauf: Zigarrenhaus Hinrich Buse, Breite Str. 55.

HANSA THEATER
Mittw.: Die Schiffbrüchigen. Donnerstag, abends 7.15 Uhr: Gastspiel Alice Cron, Oscar Erasm, Dr. Edmund Krug, Uraufführung!
Wenn die Maske fällt! Kriminalstück v. Hans-Rudolf. Vorzugskarten gültig. (2406) Freitag: Die Schiffbrüchigen

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Verrat deutscher Schleswiger.

Die dänische Regierung hat seit jeher betont, daß sie an einer Abkündigung derjenigen Gebietsteile Schleswigs, in denen bereits deutsche Elemente überwogen, also insbesondere in der dritten Zone der Friedensbedingungen nicht interessiert sei. Wie diese Vertragsbedingung entstanden ist, das erklärt sich nunmehr nach einer Rede des dänischen Ministers des Äußeren Scavenius. Dieser führte in einer Landesversammlung der radikalen Linkspartei in Aalborg u. a. aus:

Andere Forderungen, die nicht von der dänischen Regierung unterstützt wurden, sind von deutschen Schleswigern in Paris vorgebracht worden, um Zugang zu Dänemark zu bekommen, und die Friedenskonferenz ist durch den Beschluß über die dritte Abkündigungszone in den Friedenspräliminarien vorläufig diesen deutschen Elementen entgegengekommen, infolgedessen sie ihnen Gelegenheit zu stimmen gibt. Diese Abkündigung ist den deutschen Schleswigern zugestanden worden gegen die Wünsche der dänischen Regierung, des dänischen Reichstags und der dänischen Schleswiger, und wenn das dänische Volk in seiner Auffassung beharrt, dürfen sich daraus keine Konsequenzen für Dänemark ergeben.

Deutscher kann es nicht gesagt werden! Also waren es Deutsche, welche für die Gebietabtretung stimmten und sich dabei nicht entblödet haben, gegen den Willen der dänischen Regierung an die Versäuflicher Nachhaken zu appellieren. Man sollte den Anstiftern dieser Umtriebe mit allen Mitteln rachsüchtiger Gewalt Karmachen, daß sie in Deutschland ebensowenig mehr zu suchen haben wie in dem Dänemark, das sie nicht haben will.

Mehr Proletarier niederknallen!

Mit welcher Stupidosität die Alldeutschen jetzt wieder vorgehen, zeigt ein Ausschnitt aus der Stadtverordnetenversammlung in Wilmersdorf. Dort erinnerte ein Deutschnationaler mit Behmut an die schöne Zeit vor der Revolution, wo es immer so ruhig zugegangen sei, weil in dem Wilmersdorfer Klassenparlament immer Einigkeit bestanden habe. Den Herren Deutschnationalen wurde es nämlich sehr unbehaglich, als der sozialdemokratische Lehrer Simson ein langes Register deutschnationaler Schulpolitik in den Wilmersdorfer höheren Schulen vorführte. Danach mißbrauchten viele Schuldirektoren ihr Amt auch heute noch zur Beeinflussung der Jugend im Sinne der Alldeutschen und Antisemiten. Ein Musterbeispiel ist auch der Direktor des Reform-Real-Gymnasiums II, Dr. Leichsenring, der seine Gefinnung dadurch glaubte dokumentieren zu können, daß er vor verammeltem Lehrerkollegium bedauerte, daß nicht mehr Proletarier niederknallen worden seien, denn dann wäre nach seiner Überzeugung die Revolution nicht so weit gediehen. Das skandalöse Verhalten dieses Direktors rief in der Versammlung die heftigste Kritik hervor. Ein sozialdemokratischer Antrag, den Direktor Dr. Leichsenring aus seinem Amte zu entfernen, wurde mit großer Mehrheit der Schuldeputation als Material überwiesen. Dieses Material ist für den Alldeutschen Heher so belastend, daß er sofort kaltgestellt werden muß. Ein Mann mit solch niedriger Gefinnung ist kein Jugendbildner.

Herr von Tilly bittet um das Vertrauen der Händler, auf die Verbraucher pfeift er.

Im Berliner Handelskammeraal fand eine Versammlung des Verbandes deutscher Obst-, Gemüse- und Süßfrucht-Großhändler statt, in der von allen Rednern scharf gegen das Fortbestehen der Zwangswirtschaft gewettert wurde. Ein Redner wandte sich gegen die Reichsstelle für Gemüse und Obst und verlangte deren sofortigen Abbau. Wie unrecht es damit dieser braven Stelle tat, sollte sich bald zeigen. Der Vor-

steher der Reichsstelle, der mit einem ganzen Stab von Referenten und höheren Beamten erschienen war, der Oberregierungsrat v. Tilly, bekannte sich als Gegner der Zwangswirtschaft; im Kriege sei es aber nicht möglich gewesen, ohne sie auszukommen. Der Redner zählte sodann auf, was er bereits auf dem Wege des Abbaues unternommen hätte. Weitere Maßnahmen würden folgen. Er werde rücksichtslos und energisch fortfahren und hat um das Vertrauen der Händler. Nach zwei weiteren Referaten gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der die unverzügliche vollkommene Freigabe des Inlandsverkehrs sowie die uneingeschränkte Öffnung der Grenzen für Früchte, Gemüse und deren Fabrikate verlangt wird.

Das wird nun denn wohl geschehen müssen, wenn Herr von Tilly das Vertrauen des Händlers, an dem ihm so viel gelegen scheint, nicht verlieren will. Zu- und Auslandsverkehr werden freigegeben werden müssen, dann können die Händler ganz wie sie wollen mit den Preisen umspringen, wie die Tatsachen auf dem Südrindmarkt beweisen. Da haben wir ja glänzend solche Preise, daß sich die Masse der Verbraucher den Mund wischen kann. Deren Vertrauen braucht Herr v. Tilly nicht, darauf pfeift er. Vielleicht unterhält sich der Reichsernährungsminister einmal mit Herrn v. Tilly.

Die Hunnen von 1940.

Einer der Hauptjournalisten der Northcliffe-Presse veröffentlicht in der englischen Zeitschrift „Common Sense“ einen Artikel „Die Hunnen von 1940“, auf Grund einer Unterredung mit einer medizinischen Autorität. Hervorzuheben sind folgende Ausführungen:

„Wenn deutsche Eltern heute schlecht ernährt oder unterernährt oder halbverhungert sind oder durch die tausend und einen unheimlichen, sogenannten Nahrungsergänzungsmittel, mit denen sie sich jetzt erhalten, vergiftet werden, so wird ihre Nachkommenschaft dementsprechend minderwertiges Erzeugnis sein. Sie wird in weitem Maße allen möglichen Varietäten erblicher Leiden unterworfen sein. Sie wird in geringem Maße widerstandsfähig sein gegen die Infektion der Tuberkulose. Sie ist möglicherweise verküppelt, mißgebildet oder im Wachstum unter normal. Es ist gewiß, daß kein noch so reichliches Nahrungsmittel, Reichenwägen oder preiswürdiger Kaiserhofkuch, kein noch so ergiebiger Anbau der Gymnastik in den so gerühmten deutschen Turnvereinen die Arme und Reine von Kindern gerade machen kann. Die von schlecht ernährten Eltern stammend, aber gutes rotes Blut in ihre Blutadern pumpen zu können vermögen oder auf andere Weise die dauernden Spuren überwinden kann, die die Natur ihren mangelhaften Konstitutionen eingegraben hat.“

Am Schluß dieses Artikels wurde eine Erklärung der befragten ärztlichen Autorität wiedergegeben, die folgendermaßen lautete:

„Ich gehe weit im Voraus mit Deutschland: Ich spreche aus, daß nicht nur Lebensbedingungen von ungesunden Deutschen ein Leben physischer Minderwertigkeit vorausbestimmt ist, so gewiß als ich ihnen durch Redensarten ein solches Urteil abspreche, sondern daß Tausende von noch nicht erzeugten Kindern, wenn ihre Zeit gekommen sein wird, einem solchen Schicksal aus Ansehen schuldig werden. Nachts wird vielleicht die wirtschaftliche Form sein, in der der unzulängliche Deutsche der Nachkriegszeit angegriffen werden wird. Man nennt in Deutschland die Rachitis die englische Krankheit. Nun wohl, es kann dazu kommen, daß die diese Beziehung in Zukunft noch besser als in der Vergangenheit verdient, denn die kritische Periode ist an erster Stelle verantwortlich für Deutschlands heutige Ernährungsnot und infolgedessen für die Dauerwirkungen, die deren Folge sein werden.“

Eine entsetzlichere Selbstanklage hat es nie in der Geschichte der Menschheit gegeben. Ob das englische Gewissen das alles dauernd tragen kann, und ob nicht auch für England eine Stunde der Wiedergutmachung schlagen wird?

Aus der Partei.

Die sozialistische Bewegung im weiten Slawenraum. Ueber den Stand der sozialistischen Bewegung in Jugoslawien liegen die folgenden Mitteilungen vor: Der jugoslawische Sozialismus um-

faßt zwei Parteien: Eine Reformpartei und eine revolutionäre Partei. Die erste hat ihre Anhänger hauptsächlich in dem ehemaligen österreichisch-ungarischen Ländern Kroatien, Slowenien und der serbischen Wojwodschaf. Sie ist eine ministerielle und reformistische Partei; vierzehn ihrer Mitglieder gehörten dem gegenwärtigen Parlament an. Ihr Führer Koratsch aus Agram nahm an der letzten Kabinettsbildung teil. Sein rein agrarisches Programm sah die Aufstellung des Grund- und Bodens vor und war gerade im Begriff zur Ausföhrung zu kommen, als aus Angst vor dem Sozialismus im Ministerium eine Krise ausbrach, die zum Austritt der Sozialisten führte. Das Gewicht dieser Partei scheint wenig bedeutend, weil sie der geringsten Organisation entbehrt und weil ihre Aufstellungslinie unzureichend sind. Die revolutionäre Partei hat ihren Hauptanhang in Serbien und in Bosnien-Herzegowina. Sie wird in Serbien durch die ehemaligen Abgeordneten Papshowitsch, Goglezowitsch und den Advokaten Wapalowitz vertreten. In Bosnien ist ihr Führer Katsich, Direktor der Zeitung „Sloboda“. Die Haltung ist revolutionär. Sie hat die Kriegstreiber verweigert und weigert sich, Vertreter in die Regierung zu ernennen, die ihr drei Sitze anbot. In Serbien sollte am 20. bis 22. April ein Kongreß dieser Partei stattfinden, um die Haltung endgültig festzulegen. Die jugoslawische Regierung hat diesen Kongreß verboten, der nun in Belgrad zusammentritt, aber nur jugoslawische Sozialisten umfassen wird. Die sozialistische Partei zählt in Bosnien und Herzegowina 30 000 Anhänger und beabsichtigt, sich der dritten Internationale anzuschließen.

Gewerkschaftsbewegung.

Vertrauensfrage im Bergarbeiterverband. Der Gesamtverband des alten Bergarbeiter-Verbandes stellt der demnächst stattfindenden Generalversammlung seine Leiter zur Verfügung: In einer Erklärung heißt es u. a.:

„Wir können die Verantwortung nicht übernehmen für die wirtschaftliche Not und das unermessliche Leid, das durch die Streiks über die Arbeitermassen Deutschlands und die Bergarbeiterfamilien herabgeschworen wird. Die Streiks wurden über die Köpfe der verantwortlichen Leiter des Verbandes hinweg und gegen unseren Rat in Szene gesetzt und durchgeführt von Leuten, die unseren Kameraden nicht verantwortlich sind. Unter Zustimmung des einen und passiven Duldung eines anderen größeren Teiles unserer Mitglieder wurden die Angehörigen und Funktionäre des Verbandes aus den Belegschafts-Versammlungen ferngehalten, niedergedrückt, beschimpft und bedroht, während unverantwortliche Schlagworte in der öffentlichen Welt an der Zerkümmern des Verbandes arbeiteten, um ihre politischen Zwecke zu erreichen, die zu wirtschaftlichen und politischen Anarchie führen und den Boden vorbereiten für die schändliche im Hintergrunde stehende Gegenrevolution der Reaktion, die im Spartakismus nur ihren Bundesgenossen und Begeherer sieht. Unsere Mitglieder haben um einen großen Teil über die Beschlüsse ihrer selbstgewählten Leiter in Konferenzen hinweggeführt, die fast einmütig die schwebende Einführung der Schlußbedingung im Ruhrrevier beschlossen, um das deutsche Volk nicht vor Hunger sterben zu lassen. Durch die Streiks wurde die Zahl der Arbeitslosen in ganz Deutschland verdoppelt, die Industrie lahmgelegt, der Hunger verlängert, die Lebensmittelpreise verdreifacht, der wirtschaftliche, finanzielle und politische Zusammenbruch der deutschen Republik in greifbare Nähe gerückt und die gewerkschaftliche Disziplin vernichtet. Die Verantwortung dafür lehnen wir ab. Unter Umständen, unter Ehre, unter an Opfern und Besorgungen reich, Vergangenheit, unsere Liebe zu unseren Kameraden zwingt uns, entschieden abzurücken von dem Weg, den viele unserer Mitglieder einzuschlagen scheinen.“

Rein menschlich kann man diesen Entschluß des alten Bergarbeiterverbandes verstehen. Man hat es satt, sich niederzukaufen und als „Schwarte“ und „Arbeiterverrat“ von Leuten beschimpft zu werden, die in vielen Fällen durch ihre eigenen Leistungen innerhalb der Arbeiterbewegung zu einer solchen Kritik nicht berechtigt sind. Wenn jetzt aus Bergarbeiterkreisen eine Stimmung zu sozialistischen Gedankengängen erfolgt, so ist den Arbeitern nicht zu helfen.

Terror im Metallarbeiterverband. In der Generalversammlung der Verwaltungsstelle Stuttgart des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wurde in gebellter Abstimmung ein von den revolutionären Fortwärtigen eingebrachter Antrag mit 300 gegen 200 Stimmen angenommen, wonach sämtlichen Angestellten, 7 oder 8 Gewerkschaftsführern, gekündigt und

Ein Fehltritt.

Eine Bauerngeschichte aus dem Taurus von Fr. Kiesel-Mainz.

6. Fortsetzung. Nachdruck verboten. „Papperlapapp“, war des Vaters Antwort. „Nach mir doch die Gaul mit ihm! Willst du mir die Waise? Warum denn nicht? Weil sie uff der Passhofener Kerb mit aamol mit die gedauert hot? Deswege? Loh dich doch mit auslaße! Du kennst die Weibsteut noch nit! Mit dem alte Lamprecht an der Mutter, der ich schon gered, do bin ich gut und berg defar, daß des Dorche mit zwaa Händ zugreift, wenn du kimmst! Ich zu de Weibsteut Lomme bist, hot mer doch immer gemaant, es tat sich wische dir an dem Dorte wo du anbanete, un jeh soll des uff aamol aus un warbei sein? Wenn du mir folgst, geht du morje noch der Kerb mit mir hin! Was maant du, Nikelos?“ Der alte Nikelos hatte während der Rede des Bauern seine Weife angegübelt und mehrere Male wie heftigend mit dem Kopfe genickt. Dann sagte er: „Mer wasch so, wies die junge Weibsteit mache, wenn aamer e Lage uff je hot! Sperre und ziere misse se sich immer e Wische, wo se am liebste dem Dorch gleich um de Hals fälle tät. Ich maan, der Paul braucht ka Angst zu habe, daß er sich an Koh halt! So dumm is des Lamprechts Dorche nit. Was will se dann aach mehr? Mit die annern Dorch reiche unsem Paul des Wasser mit —“ „Hör mir uff, Nikelos!“ unterbrach ihn Paul. „Du host von jeher dein Karre an mir gefresse un maant, ich müßt weitzkens e Prinzessin ins Haus bringe. Was der Vater un du sagst, kann jo wahr sein, es kann aber aach nit wahr sein! Wenn Ihr gefesse hätt, wie dem Wiesemüller sein Franz uff de Passhofener Kerb um des Mädche herumherwenzelt is, dann tät Ihr ooch unverschämte rede! Ich glaab immer, do is für mich nit mehr zu holen!“

„Über habbel doch nit, Paul!“ meinte sein Vater. „Maant du dann, der alt Lamprecht gab dem Wiesemüller sein Klappes sei oanzig Kind? Do kanna du gut Ruh dfor habe! Vielleicht hot sie grad mit dem Franz schon getan, weil du dich nit um sie bekümmert host! Kommt du aus de Weibsteit eraus! Alle habe kes kauschd hinner de Ohre un stelle alles mögliche an, wenn sie aan angele wolle! Mir hot die Mutter im Vertraue gesagt, daß des Dorche dich gern hot — un die agne Mutter werd doch wisse! Un warum hot dann des Dorche im vorige Jahr des Morfels Dorch von Lorschach ausgejaght? Manzig und alansa, weil sie uff dich gewart hot! Jetzt bist du un läßt dir von dem Franz die Karatsch ablaase? Seil is mit fast so dumm, daß ich ka Wort mehr drüber red!“

Trotzdem sprach der Bauer in einem Atem weiter und hatte für jeden Einwand Pauls zehn Gegengründe, welche es dem Sohn

wahrscheinlich machen sollten, daß das schöne Dörtchen Lamprecht sich für ihn interessiere. Redlich wurde der Mite bei seinen Überredungsversuchen von Nikelos unterbrocht, der den ihm aus Herz gewachsenen Sohn des Hauses dringend ermahnte, nicht lange zu fadeln und zuzugreifen, ehe ein anderer käme und ihm die gute Partie vor der Nase hinwegschneide. Das ein Mädchen wie Dörtchen Lamprecht bei ihrer Schönheit und ihrem ansehnlichen Vermögen nicht ledig bleiben würde, das stehle hombeniegt, wenn Paul jetzt, nachdem er schon ein Vierteljahr zu Hause sei, immer noch keinen Ernst mache, dann könnten sowohl die Eltern als auch das Mädchen zu dem Glauben kommen, er — Paul — wolle von Dörtchen nichts wissen. Nachdem aber der Vater mit den alten Lamprechts die Sache schon besprochen habe, so müßte der Stolz der Familie auf das empfindlichste verletzt werden, wenn kein förmlicher Heiratsantrag erfolge. Das müße doch Paul einsehen. Wenn dann ein anderer Freier erzhiente, und an Freieren fehle es dem schönen Dörtchen wahrhaftig nicht, dann fände der gewiß alles Entgegenkommen, wenn auch nur, um zu zeigen, daß die Lamprechts nicht auf Paul Höfer zu warten brauchten.

Die innige Zuneigung zu dem schönen Mädchen, welche Paul befehle, die nur durch das Benehmen Dörtchens gelegentlich der Passhofener Kirchweih zurückgedämmt worden war, wurde durch das Zureden der beiden Aiten wieder auf das heftigste entflammt; immer weniger abweisend wurden seine eigenen Gedanken. Und als schließlich der Vater sagte:

„Also, dann bleibst dabei, morje noch der Kerb gehn wir zusammen hin uff die Freit!“ reichte ihm der Sohn die Hand und antwortete:

„In Gottes Name dann, Vatter!“

Verjährt.

Der große Hof des Lamprechtischen Anwesens lag in sonniger Stille, die nur von dem Gaderen des zahlreichen Hühnervolkes, dem Schnattern der träge einerschleichenden Gänse und janzweilen von dem aus den Ställen tönenden Klirren einer Keite unterbrochen wurde. Glänzender Sonnenchein fiel auf das gewaltige Bierer, das von drei Seiten von blendend weiß getünchten Dekonomiegebäuden umgeben war, während die Vorderseite das Wohnhaus einnahm. Dasselbe ließ in seiner ganzen Bauart erkennen, daß schon mehrere Jahrhunderte seit seiner Errichtung dahingegangen waren, denn die zahlreichen schmalen und spitzbogigen Fenster ließen Mauern von einer Stärke erkennen, wie sie kein Haus der Neuzeit aufzuweisen hat. Dem Erdgeschosse war eine von mächtigen Sandsteinpfeilern getragene Galerie vorgelagert, in deren Mitte ein altertümliches, in Stein gehauenes Wappen, zwei Fische und ein Rad darstellend, prangte. Heppiges Laub von wilden Reben bedeckte die ganze Wandfläche des Gebäudes, oberhalb der Galerie, und rannte sich um den über der

Mitte derselben angebrachten, mit spitzem Fingelbach gekrönten Erker. Das Dach des Hauses erhob sich in zwei Stufen, deren untere von schmalen Fenstern durchbrochen war, die nodmals jedes für sich ein vorspringendes kleines Dach trugen. Die nach der Straße zu liegende Front war in gleichem Stil gehalten, nur daß hier sich ein längengetragener Balkon über der Eingangstür erhob und an den beiden Seitenecken des Hauses je ein vom ersten Stockwerk aus aufragender Erker das Ganze harmonisch abschloß. Der ungewaltige, in den Hof führende Fingelbach Torgang zeigte in der Mitte seines nach der Straße zu gelegenen Bogens gleichfalls die in Stein gebauenen zwei Fische mit dem Rad, welches Wappen auch an dem Steingeländer des über der Haustür befindlichen Balkons mehrmals angebracht war. Das Ganze machte mit den an den Fenstern des Erdgeschosses in die Mauer eingelassenen Eisenketteneisen fast klosterartigen Eindruck — und in der Tat waren durch die gewölbten Räume des Hauses einstmals bleiche Nonnengefalten gewandelt, einstmig Gebete murmelnd, wo heute eine echt hausliche Bauernfamilie hauste. Das ehemalige Klosterinnenkloster war schon gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts durch Kauf an den Großvater des jetzigen Besitzers Gottfried Lamprecht übergegangen, und wie das Anwesen unter der Herrschaft der heutigen Nonnen einstmals blühte und gedieh, so konnte dasselbe heute unter der Leitung der murrigen Bauernfrau als wahre Mutterwirtschaft gelten.

In dem geräumigen Gemache des Erdgeschosses, welches als Wohnstube diente, sah heute am Sonntag nachmittag in einer der tiefen, nach dem Hofe hingehenden Fensterrahmen Frau Christiane Lamprecht und strickte. Sie war eine stattliche Jungferin mit dunklem, nur an den Schläfen leicht ergrautem Haar und einem Gesicht, welches so recht den behäbig milden Ausdruck des guten Hausmütterchens zeigte, wenn auch um den weichen Mund ein Zug lag, der auf Energie wies. Ein volleses Tagelied von dunkler Farbe umschloß die etwas breite Gestalt der Frau; die darüber gedundene Kartonschürze war offenbar erst vor kurzer Zeit aus dem Wäschekasten genommen worden, das besetzten deren schärfe Falten. Auf dem Kopfe trug Frau Lamprecht ein kleines, weißes Spitzenhäubchen, was das Mütterliche ihrer Erscheinung noch erhöhte — man hatte beim Anblick der ganzen Erscheinung ein gewisses anheimelndes Gefühl und hegte unwillkürlich den Wunsch, die Frau näher kennen zu lernen. Viel trug zu diesem anheimelnden Eindruck auch wohl die Umgebung bei, in der sich Frau Lamprecht befand. Die gewölbte Decke des Gemachs, die tiefen Fensterrahmen, die schweren, altmodischen Eichenmöbel, unter welchen besonders ein riesiger, reich mit Schnitzereien verzierter Sessant aufstell, der altertümliche Kachelofen — das alles verpöchte jeden Einbreitenden in längst vergangene Zeiten, im Hinblick auf welche ja die meisten Menschen von der Anschauung durchdrungen sind, daß früher alles schöner und besser als in der Jetztzeit gewesen sei.

Fortsetzung folgt.

unter Vorauszahlung eines Bierfahrgelohes sofort die Entlassung gegeben wurde. Die Angeklagten waren Gegner des Generalstreiks und hatten vor ihm als einem für die Arbeiter schädlichen und das ganze Volk schädigenden Beginn gemahnt. Das ist Annahme des Antrages hat in den Kreisen der Metallindustrie große Erregung hervorgerufen. Kein Wort ist scharf genug, um gegen diesen empörenden Terrorismus zu protestieren. Das ist unabhängige Politik, die sich von den früheren preussischen Unterdrückungsmaßnahmen nur noch durch größere Brutalität unterscheidet. Wenn die Arbeiterhaft hiergegen nicht Front macht, wird sie in nicht allzuferner Zeit den Schaden am eigenen Leibe spüren.

Der Prozeß Ledebour.

Zweiter Tag.

Ledebour über die Vorgeschichte der Revolution.

Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses durch den Vorsitzenden ergreift das Wort der Angeklagte Ledebour. Er beginnt seine Ausführungen, indem er sich gegen den preussischen Justizminister Heine wendet, der versucht habe, in der Nationalversammlung unter Berufung auf die alten falsche Anschuldigungen gegen Ledebour zu erheben, um so eine dem Angeklagten feindselige Stimmung zu erzeugen. Des ferneren protestiert er gegen die Haltung der Presse, die eine vom ihm verfasste Erklärung zu dieser Angelegenheit nicht veröffentlicht hat. Abschließend geht der Angeklagte auf die Vorgeschichte der Revolution ein.

Die ersten Forderungen einer Revolution haben sich im Jahre 1916 gezeigt. Die damalige Regierung lehnte alle Forderungen der Arbeiterschaft ab. In Berlin bildete sich ein revolutionärer Aktionsausschuß, dem auch der Angeklagte angehörte. Er bespricht dann kurz die Bestrebungen, die dahin gingen, auf der Stockholmer Konferenz der Zimmerwälder einen Beschluß durchzuführen, der zur Beendigung des Krieges einen internationalen Massenstreik forderte. Im Januar 1918 legte dann in Berlin der große Munitionsarbeiterstreik ein, der auf die Regierung einen Druck ausübte, um sie zu einem gerechten Frieden, der der Völkerverständigung dienlich sei, zu zwingen. Demals wurden alle sogenannten Räteführer in Schutzhaft genommen oder zum Militär eingezogen. Das Heer wurde zu einer demaskierten Schutzhaft gestellt. Die Folge davon war, daß eine große Zahl geschulter Sozialisten unter die Soldaten kam, und ein halbes Jahr später war die ganze Armee von der Notwendigkeit einer sozialistischen Erhebung überzeugt. Der Angeklagte schilderte dann kurz seine Tätigkeit im Reichstage, die darauf hinauslief, die Öffentlichkeit auf die Revolution vorzubereiten. Solange war die Opposition sehr stark, verschwand aber immer mehr. Im Hauptauschuß wurden die Abgeordneten eines Tages vom Minister des Auswärtigen mit der Mitteilung überrascht, daß die Oberste Heeresleitung innerhalb drei Tagen einen Waffenstillstand haben müsse, wenn nicht alles verloren sein solle. Von der Stunde an verlor auch die Mehrheitspartei den letzten Rest des Vertrauens. Es kam das Kabinett Prinz Max von Baden mit den beiden Sozialdemokraten Scheidemann und Bauer zustande, das die Revolution verhindern und das Volk beruhigen sollte. Bald darauf stellte Scheidemann die Forderung auf, daß der Kaiser auf den Thron und der Kronprinz auf die Thronfolge verzichten sollte. Man wollte aber nicht die Monarchie als solche stürzen; denn man war bereit, den Prinzen Max von Baden als Regenten einzusetzen. Wir Revolutionäre aber wollten durch eine revolutionäre Bewegung eine parlamentarische Republik schaffen. Der revolutionäre Aktionsausschuß in Berlin beschloß am 2. November, noch bevor die Vorgänge in Kiel bekannt waren, für den 4. November den bewaffneten Aufstand gegen die Regierung. Am Abend des 2. November ließen aber Berichte ein, die es der Mehrzahl des Aktionsausschusses für richtig erschienen ließ, noch zu warten. Am 6. November sollte die Entscheidung fallen. Die Regierung hatte aber überall ihre Spitzel. Sie wurde dadurch von dem Vorhaben unterrichtet und ließ den damaligen Leutnant Max verhaften. Dieser verriet alle die Pläne. Bald darauf wurde aber auch Däumig verhaftet, und das war das Signal zum Aufstand. Es wurde die Parole ausgegeben, am 9. November loszulassen.

Abschließend geht der Angeklagte auf das Verhalten der Mehrheitsparlamentarier in diesen Tagen ein. Als sie von dem Vorhaben der Revolution erfuhren, trübten sie ein Doppelspiel; denn sie wollten bei der Verteilung der Rente dabei sein. Ebert wurde Reichskanzler und Scheidemann Staatssekretär. Am Morgen des 9. November kamen dann Ebert, Scheidemann und Braun zu uns und schlugen uns vor, eine partiell zusammengesetzte Regierung zu bilden. Als der Angeklagte dann mit seinen Freunden in einem Berliner Vorort über diesen Vorschlag verhandelte, verhandelten einige andere Mitglieder der U. S. D. in dieser Angelegenheit mit den genannten Männern. Scheidemann nähte dann unsere Ungelichsicht aus und rief am 9. November die Republik aus. Wäre damals die Revolution nicht gescheitert, dann hätten Ebert und Scheidemann neben mir auf der Anklagebank und die Herren Anklagevertreter würden mit demselben Eifer Anklage gegen diese Herren erheben, und das um so mehr, als Ebert und Scheidemann als Minister an einer Revolution gegen die Regierung, an der sie teilgenommen haben, beteiligt gewesen wären. Das Verhalten dieser beiden Männer war mir in der Seele widerlich, und als ich im Gefängnis las, daß die deutsche Nationalversammlung Herrn Ebert zum Reichspräsidenten gewählt hatte, empfand ich als Deutscher tiefste Scham. Das Kabinettskabinett hat die Aktionsfähigkeit und die Verfassung der U. S. D. fürchterlich gelähmt. Aber das Mißtrauen gegen die Regierung wuchs immer mehr. Es kam zum Blutvergießen in der Chausseestraße, zu dem Versuch einer Schar Soldaten an demselben Tage, Ebert zum Präsidenten auszurufen und den Volksgesetz zu verhaften. Dann kamen die Kämpfe am Marfall in der Reichsversammlung des letzten Jahres. Der Angeklagte wurde zu Verhandlungen auf dem Kampffeld gerufen, wobei er mit Dorenbach verhandelte. Bei dieser Gelegenheit spricht der Angeklagte von dem nunmehr ermordeten Dorenbach. Der Vorsitzende weist diese Behauptung zurück, da bis jetzt noch nicht ermittelt sei, daß Dorenbach ermordet wurde. Verteidiger Rosenfeld bemerkt dazu, daß der Ermordete vor seinem Tode das gesagt habe, was Ledebour eben ausgeführt habe. Seine Vermittlungstätigkeit hat nach Ansicht des Angeklagten zu einem befruchtenden Resultat geführt. Die Vorgänge am 24. Dezember waren die Ursache zum Austritt der Unabhängigen aus der Regierung. Der Angeklagte behauptet dann, die Vorgänge und die Ermordung von 22 Matrosen in der Französischen Straße seien die Ursache für den Verhandlungserfolg, den die Volksmarinebrigade am 25. Dezember errang.

Der Staatsanwalt teilt dann mit, daß wegen der Ermordung der 22 Matrosen ein Verbrechen eingeleitet sei, und bittet den Angeklagten, in diesem nicht einzugehen.

Kommunales.

Bei den Stadtwahlkreismahlen in Mannheim erhielt die Mehrheitspartei 37 Mandate, die Unabhängigen 16, das Zentrum 16, die Demokraten 17, die Demokratischen 5, die Liberalen 3 und die Reichspartei 2. In Karlsruhe wurden gewählt: 30 Demokraten, 24 Sozialdemokraten, 24 Zentrumskräfte, 10 Unabhängige und 8 Demokratische.

Wirtschaftliches.

Stärkung der Preise für Auslandslebensmittel nach Erhöhung der Steuern.
Von jährlanger Seite wird den U. S. D. mitgeteilt: Die Erhöhung einzelner Auslandslebensmittel führt in manchen Gemeinden dazu, daß die Kaufkraft sinkt, die Preise für die Kaufkraft der Arbeiter Bevölkerung sinken zu hoch sind. Es ist daher dringend anzuraten, bei Auslandslebensmitteln eine nach den Einkommensverhältnissen der künftigen Bevölkerung vor-

schiedene Preisberechnung einzutreten zu lassen. Frühere Versuche dieser Art sind wegen der damals verhältnismäßig kleinen Zahl der höheren Einkommen nicht sehr erfolgreich gewesen. Nachdem sich jetzt eine nicht unerhebliche Einkommensveränderung vollzogen hat, wird den Gemeinden empfohlen, da, wo die Einkommensgliederung es gestattet, die Preise der Auslandslebensmittel nach Einkommensklassen zu klassen. Dabei muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß ein Zusatz seitens des Reiches zu der Verbilligung nicht gegeben werden kann, und daß die Gemeinden deshalb ihre Preispolitik so einrichten müssen, daß die Verbilligung nur soweit geht, wie sie durch den höheren Preis für die bessergestellten Erwerbsbesitzer gedeckt werden kann. Auch für diese dürfen die Preise nicht so hoch werden, daß anderweitige Beschaffungsmöglichkeiten schließlich billiger würden, und die mit höheren Preisen belegten Auslandslebensmittel möglicherweise abgenommen werden würden. Zur Festlegung der Preisabstufung empfiehlt es sich, Kommissionen hinzuzuziehen, die zur Hälfte aus Arbeiter- und Angestelltenvertretern bestehen, und auch bei der Überwachung der Durchführung der Maßnahmen mitwirken.

Aus Nah und Fern.

Zur Flucht des Oberleutnants Vogel wird mitgeteilt, daß der Geflohene einflußreiche Helfer und Freunde bei der Division gehabt hat. Ein angeblicher Leutnant Lindemann wies eine Auslieferungsbefehlscheinung mit der Unterschrift des Kriegsgerichtsrats Jörns vor, die auch den Stempel der Garde-Kavallerie-Schützen-Division trug. Die Unterschrift ist gefälscht. Wie berichtet wird, hat Cohen bereits am Tage vor der Urteilsverkündung dem Kriegsminister und dem Reichspräsidenten mitgeteilt, daß für die Angeklagten und insbesondere Vogel falsche Pässe besorgt seien. Man neigt der Ansicht zu, daß der angebliche Lindemann der geheime Helfer der Fremde gewesen ist, der in der Nordnacht vom 15. zum 16. Januar sich in dem Auto befand, mit dem Frau Luxemburg fortgeschafft wurde. Bekanntlich weigerte sich Vogel in der Verhandlung, über den Fremden Auskunft zu geben und ließ durchblicken, daß dieser möglicherweise den verhängnisvollen Schuß abgegeben habe. Gegen Vogel ist ein Steckbrief erlassen worden, und die Zivil- und Militärbehörden an der holländischen und der schweizerischen Grenze sind auf den Flüchtling besonders aufmerksam gemacht worden. Eine Revision des Prozesses wird erwogen.

Vergiftungen durch Schnapsgeiz. In Berlin sind drei Personen an Schnapsgeiz gestorben und eine ganze Reihe schwer erkrankt. Viele Erkrankte sind erblindet, zuletzt auch ein Schankwirt Fischer aus der Vorlingstraße, dessen Gast Graber, auf der Stelle starb. Die verheerenden Wirkungen sind denen ähnlich, die vor Jahren der Genuß von Methylnaphthol hervorrief. Der Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, die Herkunft des giftigen Schnapses zu ermitteln. Es handelt sich um Rognak, den die Firma Wendt in der Münchener Straße 25 hergestellt hat. Dem Alkohol, der ohne ihr Wissen das Gift enthielt, bezog sie auf dem Wege des Schleichhandels durch andere Händler. Einen größeren Posten konnte die Kriminalpolizei auf dem Nordbahnhof noch beschlagnahmen, kleinere Mengen bei verschiedenen Schankwirten.

Ein unergiebiges gemeines Lump ist, wie die Breslauer „Volksmacht“ schreibt, der Inspektor Gerlach von der Kriegsverpflegungsanstalt in Brodau. Seit 1914 schon bereichert er sich an armen Soldaten, ohne daß man ihm beikommen konnte, denn wer ihm gefährlich zu werden drohte, wurde immer recht rasch in den Schützengaben abgeschossen. Jetzt ist ihm das Handwerk gelegt worden. Es wurde bemerkt, daß immer recht viel Marktenderwaren als verkauft gebucht wurden, obwohl die Marktendererei bei der Durchsicht von Truppen sehr oft geschlossen war. Auch dieser Tage war sie geschlossen, als ein Transport durch Brodau kam. Das erregte den Unwillen der Soldaten, man löste sich Selbsthilfe, erbrach die Marktendererei und für 2000 Mark Waren wurden im Handumdrehen abgeholt. Die Waren wurden sofort an Güntlinge und im Wucherhandel abgesetzt. Im Hammlager des Inspektors, das vom Soldatenrat beschlagnahmt wurde, fand man u. a.: 52 Büchsen Kuntzbohn, 307 Kartons Kates, 2 Kartons Kates zu je 10 Pak, 1 Originalkiste Kates, 3 Beutel Bonbons, 3 Kartons Feinseife, 3 Pack Blumenseife, 2 Kartons Zwirn, 22 Beutel Eufalinusbombons, 4 Tafeln Schokolade, 380 Kisten Zigaretten zu 50 Stück, 2 große Holzkränze Zigaretten, 1 kleine Holzkränze mit Zigaretten, 3 Kartons Zigaretten, 14 Kartons Rauchtabak zu je 5 Pfund, 6 Kisten Rauchtabak, 23 Pak Zigaretten, 2 Kartons Zigaretten, 44 Flaschen Kümmel, 23 Flaschen Wacholder, 2 Kisten Steinöl, 31 Flaschen Kognak, 1 Kiste Kognak zu 22 Flaschen, 2 Kisten Kognak zu 25 Flaschen, 25 Flaschen Rum, 2 Kisten Rum zu 25 Flaschen, 1 Kiste Wacholder. (Unter Kartons und Kisten muß man sich nicht etwa kleinere Packungen, sondern solche von großem Umfange vorstellen.) Zumeist handelt es sich um Friedensware, die seinerzeit einen Einkaufswert von 20 000 Mark gehabt hat und heute einen Einkaufswert von 80 bis 90 000 Mark haben würde. Was mag dieser Gerlach im Laufe der vier Kriegsjahre für Geschäfte mit Wirtschaft gemacht haben, wenn er heute noch ein solches „Lager“ unterhält. Und wieviel von diesen Waren mögen nicht einmal heimlich „abgelauert“, sondern einfach gestohlen worden sein. Kisten mit 25 Flaschen ließen sich doch nicht „auf reelle Weise“ wegzutransportieren. So regt die Sippschaft der Durchhalter aus, die da streiten, daß die Sozialdemokraten das Land ruiniert haben. Für-mehr, diese Lumpen haben Anlaß, die Aufmerksamkeit von ihrem Tun abzulenken.

25 000 Mark Geldstrafe für die Stadt Solingen. In der Nacht vom 14. zum 15. März soll in Solingen ein englischer Offizier von einem unbekanntem Täter überfallen worden sein. Gegenwärtig bemüht man sich, daß der Überfall von einer Zivilperson verübt worden ist, liegt nicht vor. Trotzdem wurde auf Anordnung des kommandierenden Generals des II. britischen Armeekorps der Stadt Solingen eine Geldstrafe von 25 000 Mark auferlegt. Der Oberbürgermeister ist erst vierzehn Tage nach dem Vorgang bei der Errichtung der der Stadt auferlegten Geldstrafe von dem Tatbestande in Kenntnis gesetzt worden. Obwohl die städtischen Behörden sofort 5000 Mark Belohnung für die Ergreifung des Täters ausgesetzt haben, ist bisher trotz umfassender und eingehender Untersuchungen nichts festgestellt worden, was die Behauptung der britischen Behörde zurecht erscheinen läßt. Unter Darlegung dieses Tatbestandes hat die deutsche Kommission in Spea gegen die willkürliche Verhängung der ungewöhnlich hohen Geldstrafe nachdrücklich Verwahrung eingelegt.

Ein Millionenbetrag auf dem Lebensmittelgebiet errät jetzt in Eisen außergewöhnliches Aussehen. Der für die Eisenstadtverwaltung tätige Großhändler Gussard hat in seiner Eigenschaft als Verkaufsvermittler des jüdischen Großmarktes die Stadt um mindestens drei Millionen Mark und die Eisenbevölkerung um Hunderte von Waggons von Lebensmitteln betrogen. Der Betrag wurde einmal durch eine raffiniert ausgeführte Fälschung der Säcker bewerkstelligt. Ganze Waggons Lebensmittel ließ Gussard an seine Verwandten, Bekannten und andere hochbetagte Personen, teils in Eisen, teils nach auswärtigen Abhängen. Mehrere große Hotels waren räumlich eingegeben. Durch die Verwirrungslage der zuständigen Beamten der Stadtverwaltung ist ihm die Riesenerträge wesentlich erleichtert worden. Welchen Umfang die Betrügerei angenommen hat, geht auch schon aus der Erklärung der Stadtverwaltung hervor, daß für die Betrügerei nicht weniger als 15000 Waggons Lebensmittel in Frage kommen.

Bürgerzüge gegen Raubverbände. Auf den Leipziger Vorortbahnhöfen haben bisher äußerst unangenehme Verhältnisse geherrscht. Es ist vorgeschlagen, daß z. B. auf dem Plagwitz-Lindenauer Bahnsteig 50 Waggons bis zu 100 Waggons (Männer und Frauen) zum Transport der Güterzüge herangezogen werden. Um dem Raubverbrechen ein für allemal ein Ende zu machen, unternehmen die in Leipzig stationierten Bürgerzüge der Regierungstruppen jetzt

regelmäßig Streifen nach den unruhigeren Orten, um dem Beamtenpersonal dem Diebesgelande gegenüber einen Rückhalt zu gewährleisten.

Der Eisenacher Güterbahnhof in Brand geschossen. Eine Gruppe Spartakisten hat in der Nacht zum Dienstag den Güterbahnhof durch einen Minenwerfer in Brand geschossen und die Brandbrenner unter Gewehrfeuer gehalten, um die Löscharbeiten zu verhindern. Es sind infolgedessen viele Lebensmittel verbrannt. Die Güterhuppenhalle und die Umladehalle mit sechzehn Güterwagen sind vollständig ausgebrannt.

Ein normwegisches Badhotel niedergebrannt. Ein fürchtbares Brandunglück ereignete sich in dem sehr bekannten normwegischen Badeort Wolde. Der Brand brach gegen 4 Uhr morgens in dem parnischen Grande Hotel aus und verbreitete sich mit Wunderschnelle, so daß nach kurzer Zeit das ganze Gebäude in Asche gelegt war. Die Bewohner lagen bei Ausbruch des Brandes in tiefem Schlaf und mußten, um das nackte Leben zu retten, aus den Fenstern springen. Die Flüchtlinge erlitten dabei lebensgefährliche Verletzungen, andere kamen in den Flammen um. Wie bisher festgestellt wurde, sind sieben Personen verbrannt, elf haben schwere Verletzungen davongetragen.

Eine folgenschwere Explosion. Aus Christiania wird gemeldet: In der Nähe von Broekal fand durch die Entzündung eines Nitrokrasses eine Explosion statt; infolgedessen entzündete sich eine Anzahl der zur Fabrik gehörigen Häuser. Bis um 1 Uhr nachmittags wurden etwa 50 Personen als verwundet gemeldet. Man versuchte, das Dynamitlager zu entleeren, was jedoch infolge der fürchtbaren Hitze gezwungen, das bedrohte Gebiet zu räumen. Die ganze Bevölkerung befindet sich auf der Flucht. Es wird befürchtet, daß die großen Dynamitlager in die Luft fliegen werden.

Das Monte Carlo der Kriegsgewinnler. Während das Deutschland der Arbeit darbt und von unaufhörlichen politischen Fieberkrämpfen geschüttelt wird, während alle wirklichen Volksgenossen sich bemühen, die Hoffnung auf eine glücklichere und ruhigere Zeit, trotz aller Widerstände, noch wahrzunehmen, während alles mit angespanntester Inzertise nur daran denkt: womit ernähren wir uns, was bringt uns die durch die Friedensbedingungen besonders düster erscheinende Zukunft, während dieser Zeit existiert noch ein Deutschland, das nichts kennt, aber auch nicht das mindeste kennt von Not und Sorge. Das heute ein Spielklub nach dem andern gegründet wird, ist bekannt. Das dort geschlemmt und gefestert wird, wie es der Allgemeinheit selbst aus der Friedenszeit nur als Sage bekannt ist, weiß auch jedermann. Nun wird sogar der Versuch gemacht, eine Riesenspielhalle zu schaffen. Ein zweites Monte Carlo. Wir lesen in der „Vossischen Zeitung“ nachstehende Anzeige:

Monte Carlo in Deutschland.
Für ein großzügiges Millionenunternehmen im Saale Monte Carlo wird ein bewährter Leiter gesucht.
Melb. unter Versäher. von Diskretion unter L. 28 045 Ulstein-Bistale, Tauenhienstr. 1.
An das Verantwortungsgesüß der Spielhöllefreunde zu appellieren, ist zwecklos; denn diese Leute haben keins. Aber wir werden nicht veräumen, trotzdem immer wieder darauf hinzuweisen, daß nichts so gewaltig zur Erbitterung und Radikalisierung der Volksmassen beiträgt, als das offene Müßeln mit dem Gelde, das man während des Krieges aus der Not des Volkes gemünzt hat. Wann wird endlich die Regierung den Kriegsgewinnlern radikal zu Leibe gehen?

Vom Ozeanflug. Einer Reutermeldung aus London zufolge ist das amerikanische Wasserflugzeug N. C. 4 in Ponta Delgada eingetroffen. — Weiteren Reutermeldungen zufolge ist bisher nichts über das Schicksal des zuletzt in der Nähe der irischen Küste gesichteten Flugzeuges Hawfers bekannt.

Mineralschätze in Australien. Der Bau der Eisenbahn durch den australischen Kontinent, der eine großartige Leistung moderner Ingenieurkunst darstellt, hat auch wertvolle ökonomische Entdeckungen zur Folge gehabt. In den gewaltigen wasserlosen Wüsten von West- und Süd-Australien, die der neue Schienenweg durchquert, hat man bedeutende Lager von Mineralschätzen gefunden, deren Ausbeute sehr lohnend sein wird. Es handelt sich um Gold, Opale, Mangan Erz, Kupfer, Zinn, Gips und Ton.

Arbeiter-Bildungswesen.

Ueber Arbeiterhochschulen. In der ersten öffentlichen Veranstaltung der „Zentralstelle zur Förderung der Volksbildung in Heßen“ sprach der Reichstagsabgeordnete Sundbo aus Kopenhagen über Arbeiterhochschulen. Der Vortragende führte etwa folgendes aus: Die Anfänge der Volkshochschule in Dänemark reichen zurück bis in die letzten Jahrzehnte des 18. Jahrhunderts. Zuerst gab es nur Bauernhochschulen, deren Tendenzen wesentlich nach der sittlich-religiösen Seite gingen. Unter Vermittlung praktischer Kenntnisse haben sie es zustande gebracht, daß die Bauern, die um die 40er Jahre des vorigen Jahrhunderts noch Leibeigene waren, ein freies Volk wurden, das lebendigen und tätigen Anteil an der Regierung nimmt. Auch auf ihre Produktion wirkte ihre meist viele Monate dauernde Ausbildung zurück, und die Hebung der Milchwirtschaft und der Viehzucht in Dänemark ist auf die Bauernhochschulen mit zurückzuführen. Sie fanden reiche finanzielle Unterstützung von Seiten reicher Männer und vom Hofe. Neben diesen Bauernhochschulen bestanden seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts die sogenannten Arbeiterhochschulen, die Frauen und Männer aller arbeitenden Klassen heranziehen und eingestellt sind auf diejenige Bildung, die dem modernen sozialistischen Arbeiter nottut. Sie vermitteln neben den Elementarfähigkeiten Kenntnis der Verfassung, der Bürgerkunde, der Sozialgesetzgebung und ähnlichen Fragen. Auch in diesen Arbeiterhochschulen herrscht völlige Lebensgemeinschaft. Schüler und Lehrer wohnen und leben zusammen. Die wichtigste Frage ist auch hier die glückliche Lösung der Wahl des Schulleiters. Von der gleichzeitigen Heranbildung von Männern und Frauen hat der Redner nie Vorteile, wohl aber Nachteile beobachtet können. Auch hier gibt der Staat einen Zuschuß, doch soll durch eine Zahlung des Teilnehmers sein Interesse für die Schule noch gehalten werden, die jedoch so niedrig sein kann, daß alle Arbeitslosen (die täglich 3-4 Kronen Erwerbslosenunterstützung erhalten) daran teilnehmen können. Strenge Durchführung der Disziplin — nach selbst gegebenen Gesetzen — ist unerlässlich. Der Redner schloß mit einem Ausblick auf die Durchsicherung des Volkshochschulgedankens in Deutschland. In den alten Schöpfungen und Burgen mögen die Schulen entstehen und von hier aus mögen dann neue Ideen das große schöne Deutschland befruchten und ihm zu neuem Aufstieg verhelfen.

Arbeiter-Turnverein Kücknitz. Am Sonnabend, dem 17. d. Mts. vernarb infolge Unglücksfalles unser lieber Turngenosse Karl Meier. Ehre seinem Andenken. Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 22. nachmittags 3½ Uhr, statt. Um zahlreiche Beteiligung erucht 2424) Der Vorstand.	Arbeiter-Gesangverein Kücknitz. Am Sonnabend, dem 17. Mai, starb infolge eines Unglücksfalles unser lieber Sangesbruder, der Karl Meier. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. 2423) Der Vorstand. Beerdigung Donnerstag, dem 22. Mai, nachm. 3½ Uhr, vom Waldhufenertriedhof aus.
---	---